

DER ROTE HELFER

ORGAN DER ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS

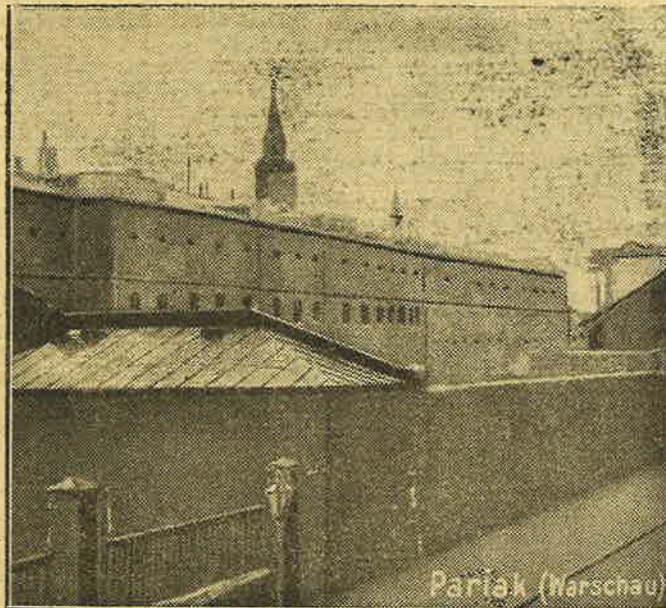
Vorwärts im Kampf für die polnische Amnestie!

Trotz aller feierlichen Amnestieversprechen nehmen der weiße Terror in Polen und die Verfolgungen der Arbeiter und Bauern ihren Fortgang. Pilsudski, der seinen Aufstand unter dem Schlagwort der „demokratischen Revolution“ begann, wird immer mehr zum Vertrauensmann der Witos-Partei, gegen deren Regierung er seinen Umsturz vollführt hatte. Die sogenannten „Links“-parteien, auf die er sich bei seinem Aufstand stützte, unter dem Druck der unzu-

Zahllose neue Verhaftungen werden vorgenommen. Mitte Juni wurden in Lapi zahlreiche Personen verhaftet, die wegen „Kommunismus“ zur Verantwortung gezogen werden sollen. Unter den Verhafteten befinden sich zwei Mitglieder des Stadtrats, ehemalige Angehörige der sozialistischen polnischen Partei, und der Bürgermeister Zwentoschowski. Ende Juni wurde in Warschau eine Reihe der angesehensten Gewerkschaftsführer



Polen: Das berüchtigte Gefängnis in der Dlugoszka in Warschau.



Pariak (Warschau)

Zwei der berüchtigsten Kerkerhöhlen in Polen.

friedenen Arbeiter- und Bauernmassen aber sind gezwungen, sich von ihm abzuwenden.

Die Verfolgungen der Arbeiter- und Bauernorganisationen nehmen kein Ende. Nach wie vor hagelt es Verbote und Unterdrückungsmaßnahmen. Wir verzeichnen von Mitte Juni ab nur die folgenden:

Die Presse der Unabhängigen Bauernpartei wurde unter Zensur gestellt und verschiedene Nummern konfisziert. An Stelle von Leitartikeln brachten verschiedene Nummern Kapitel aus der Bibel. Auch die weißrussische Presse wird fortwährend verfolgt. Der Redakteur der weißrussischen Zeitung „Golos Belorussa“, Chilo, wurde zu einem Jahr Zuchthaus wegen „staatsfeindlicher Artikel“ verurteilt. Die Sonntagsnummer vom 13. Juni des Zentralorgans der PPS, „Robotnik“, wurde beschlagnahmt, weil sie über Niederschlagung von Bauernunruhen im Kreise von Baranowicz von durch Gutsbesitzer herbeigeordneten Truppen berichtete. In Plotzk wurden die Räume der Gewerkschaften versiegelt.

verhaftet, u. a. der Bauarbeiterführer Sypola und vom Metallarbeiterverband die Gewerkschaftler Schak und Kamynski. In Nowy Waslaw wurden Anfang Juli mehr als 40 Personen verhaftet. Bei den Frauen politischer Gefangener in Warschau, die ein Hilfskomitee für die Amnestie organisierten und dies legal bei der Polizei anmeldeten, wurden Haus-suchungen veranstaltet. Zahlreiche Frauen, bei denen Aufrufe des überparteilichen internationalen Komitees für den Kampf um die Amnestie gefunden wurden, wurden verhaftet.

Zahllose neue Prozesse gegen Arbeiter und Bauern haben in den letzten Wochen stattgefunden. Die polnischen Gerichte beeilen sich, die Forderung Pilsudskis nach Unterdrückung der Kommunistischen Partei zu verwirklichen. Und allein wegen Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei werden Angeklagte zu 6 Jahren Gefängnis und mehr verurteilt. Am 23. Juni ging in Kowel der Prozeß der 29 zu Ende, die wegen Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei der Westukraine angeklagt waren. 25 davon wurden zu einem bis zwei Jahren Gefängnis verurteilt. In Nowogrudek wurde

die weißrussische Bäuerin Kwiarowski zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Das Warschauer Appellationsgericht erhöhte das Urteil des Landesgerichts gegen den Ukrainer Pariezysin auf 4 Jahre Zuchthaus, trotzdem festgestellt wurde, daß dieser einer Provokation zum Opfer fiel. Am 2. Juli erhielten in Warschau drei Arbeiter je 2 Jahre Zuchthaus, weil sie an einer Erwerbslosendemonstration teilnahmen. In Lemberg wurde ein jugendlicher Arbeiter zu zwei Jahren Zuchthaus wegen Verbreitung illegaler Literatur verurteilt. In Lemberg wurden die ukrainischen Freiheitskämpfer Domaniwitsch zu 8 Jahren, Bihun zu 6 Jahren, Jaroslaw Baranowski, Roman Baranowski und Nedweda zu je 3 Jahren, Paslawski zu 5 Jahren und der 18jährige Gymnasialschüler Jasinski zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. In Lugin wurden 12 Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur KPP. verurteilt, und zwar einer zu 6, einer zu 5, sechs zu je 4 und vier zu je 2 Jahren Zuchthaus. In Piotrkoff erhielten die Arbeiterin Pauline Wasdowa und drei Arbeiter je 4 Jahre Zuchthaus, und in Warschau wurde sogar ein 13jähriger Knabe Szepsel Blumberg zu 2 Jahren Zuchthaus wegen Widerstand gegen die Polizei (!) verurteilt.

Das alles ist nur eine kleine Blütenlese aus nicht ganz vier Wochen, die noch dazu bei weitem keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Auch die Kerkergruel nehmen ihren Fortgang und werden vom PPS-Organ „Robotnik“ bestätigt. Im Krakauer Gefängnis ist es infolge der unglaublich niederträchtigen Behandlung der Gefangenen erneut zum Hungerstreik gekommen. Auf der anderen Seite wird aber immer deutlicher, daß der von der Regierung vorbereitete Amnestieentwurf nach dem Muster der berühmten Hindenburg-Amnestie fast nur den rechtspolitischen Gefangenen zugute kommen wird. Auch die Tatsache, daß sich der Regierungskommissar in Warschau weigerte, das von den Familien der politischen Gefangenen gegründete Hilfskomitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen anzuerkennen, beweist, was von der polnischen Regierung zu erwarten ist. In Polen selbst hat sich ein Kampfkomitee für die Amnestie gebildet, dem außer der kommunistischen Sejm-Fraktion auch die weißrussische Gromada, die unabhängige Bauernpartei, die unabhängigen Sozialisten, deren Führer Drobner, Mitglied der Exekutive der 2. Internationale ist, und die Partei der Volksfreiheit angehören.

Angesichts dieser Lage in Polen ist es doppelt notwendig, alle Anstrengungen zu verdoppeln und zu verdreifachen, durch das Weltproletariat den bedrohten Arbeitern und Bauern in Polen zu Hilfe zu kommen. Schon bisher hat der Aufruf der Roten Hilfe Deutschlands einen breiten Widerhall gefunden. Bis zum 22. Juli waren bereits 65 Resolutionen und Telegramme von Vereinen, Versammlungen und Einzelpersonen eingelaufen. Von bekannten Einzelpersonlichkeiten und Intellektuellen sandten die folgenden Proteste gegen den weißen Terror in Polen: Gerhard Pohl, Dr. S. Friedländer, Verleger Kiepenhauer, Dr. Kurt Hiller, Lili Herzberg, Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld, Prof. Heinrich Zille, Siegfried Jacoby, Tami Oelften, Egon Erwin Kisch, Siegfried Jacobsohn, Herausgeber der „Weltbühne“, Schriftsteller Klabund, Hans Baluschek, Kunstmaler, Frau Carola Neher, Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg, Andreas Heller, Herbert Wehner, Dr. Bruno Wille, Rechtsanwalt Dr. Bendix, Johannes R. Becher, Otto Ebstein, Redakteur Georg Davidsohn, Dr. med. Karl Bahrmann, Dr. med. Buttman, Dr. Manfred Georg, Schauspielerin Gertrud Eysoldt, Karin Michaelis, Maximilian Harden, Schriftsteller A. M. Frey, München, Artur Holitscher und Dr. Alfons Paquet.

So erfreulich jedoch das bisherige Ergebnis unserer Kampagne ist, so wenig darf es genügen. Allen feierlichen Versprechungen zum Trotz wütet der Terror in Polen weiter, und der zunehmende reaktionäre Kurs Pilsudskis bedroht weitere tausende polnischer Klassenkämpfer mit den Schrecken der polnischen Kerkerhöhlen. Es ist die Ehrenpflicht der deutschen Arbeiterklasse und der geistigen Arbeiter, den polnischen Henkern in den Arm zu fallen und den Druck auf diese zu verstärken, damit die Opfer der polnischen Kerker der Freiheit wiedergegeben werden.

Es darf keine Arbeiterorganisation, keine Versammlung und keinen Betrieb, es darf in Deutschland keinen Menschen geben, der sich fortschrittlich nennt und der nicht gegen den polnischen Terror protestiert!

Genossen, ans Werk!

Für die volle Amnestie in Polen!

Für Sacco und Vanzetti.

Die Protestbewegung gegen den beabsichtigten Justizmord an den tapferen Arbeiter-Agitatoren Sacco und Vanzetti ist zu einer der größten Protestbewegungen geworden, die bisher in Deutschland überhaupt dagewesen ist. Der Justizmord, der hier verübt werden soll, ist so offensichtlich, daß selbst maßgebende bürgerliche Politiker sich diesem Protest angeschlossen haben.

Bis zur Stunde (20. Juli) liegen bereits über 100 Proteste von Organisationen, Versammlungen und maßgebenden Einzelpersonlichkeiten vor. Unter den protestierenden Organisationen befindet sich u. a. die Liga für Menschenrechte.

Am 2. Juli wurde von einer Anzahl Reichstagsabgeordneter, die gleichzeitig führende Gewerkschaftler sind und der sozialdemokratischen, deutschdemokratischen und der Zentrumspartei angehören, folgendes Telegramm an den Gouverneur T. Fuller in Boston gesandt:

„Deutsche Gewerkschaftler über Urteil gegen Sacco und Vanzetti sehr erregt, sind Ueberzeugung Urteil Justizirrtum. Erwarten Wiederaufnahme.“ Aufhäuser (Soz. Vorsitzender des Afa-Bundes); Johannes Becker (Zentr.); Bender (Soz. Vorstandsmitglied des Verkehrsbundes); Dr. Brüning (Zentr. Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes); Dißmann (Soz. Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes); F. Ehrhardt (Zentr.); J. Ersing (Zentr.); Imbusch (Zentr., Vorsitzender des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands); Jantschek (Soz., Sekretär des Bergarbeiterverbandes); Lemmer (Dem., Sekretär des Gewerkschaftsringes); Paepow (Soz., Vorsitzender des Baugewerksbundes); Schmidt (Soz., Vorsitzender des Landarbeiterverbandes); Gustav Schneider (Dem., Gewerkschaftsbund der Angestellten); Simons (Soz., Vorsitzender des Schuhmacherverbandes); Adolf Stegerwald (Zentr., Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes); Dr. Tremmel (Zentr., Christlicher Fabrik- und Transportarbeiterverband); Ziegler, (Dem. Gewerkschaftsring).“

Der Reichstagspräsident Paul Löbe sandte ebenfalls ein Protesttelegramm und auch der ADGB. beabsichtigt, sowohl einen Schritt beim Staatsgouverneur zu unternehmen, als sich auch in einem besonderen Telegramm an William Green, dem Vorsitzenden des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, zu wenden.

Von maßgebenden Politikern und Intellektuellen haben die folgenden protestiert: Graf Bernstorff, ehemaliger deutscher Botschafter in Amerika; Maximilian Harden; Rudolf Breitscheid, M. d. R.; Professor Dr. Max v. Schillings, Generalmusikdirektor der Staatsoper Berlin; Dr. h. c. Max Lieberman, Präsident der preußischen Akademie der Künste; Siegfried Jacoby, Sekretär bei Prof. Albert Einstein; Georg Brandes, Kopenhagen; Egon Erwin Kisch; Heinrich Mann; Dr. Thomas Mann; Arthur Holitscher; Fürstin Mechthild Lichnowsky; Prof. Heinrich Zille; Dr. Max Brod, Prag; Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld; Karin Michaelis; Gustav Rickelt, Präsident der deutschen Bühnengenossenschaft; Prof. Max Reinhardt; Prof. Kreisler; der Dichter Klabund; Schauspielerin Carola Neher u. a.

Am 23. Juli fand in Köln eine Massendemonstration der Roten Hilfe statt, an der 10 000 Personen teilnahmen, die gegen den Justizmord an Sacco und Vanzetti sowie gegen den Terror in Polen und den Rakosi-Prozeß in Polen protestierten.

Dieser Massenprotest, der auch durch eine starke und lebhaftige Protestbewegung in den übrigen Ländern unterstützt wird, schien bereits zu einem ersten Erfolg geführt zu haben. Nach Meldungen vom 11. Juli aus Newyork hat der Distriktsanwalt Wilbur den Verteidigern Saccos und Vanzettis, Fred Thompson, ersucht, alle Eingaben und Beweismaterialien zur Erlangung eines neuen Prozesses dem Gericht einzuliefern.

Inzwischen aber verbreitete die bürgerliche Presse neue Meldungen, daß die Hinrichtung unmittelbar bevorsteht und am 26. Juli erfolgen sollte!

Verstärkt eure Arbeit!

Rettet Sacco und Vanzetti!

Die Rettung Vukasin Markowicz' — ein Erfolg der Roten Hilfe

Am 28. Februar 1926 wurde der montenegrinische Revolutionär Dr. Vukasin Markowicz in Wien verhaftet. Markowicz, der schon vor dem Krieg, bis 1921, in Rußland gelebt hatte, war ursprünglich als Vertreter des russischen Roten Kreuzes nach Jugoslawien gekommen, um dort in Montenegro die Tuberkulose zu bekämpfen. Die mitgebrachten Gelder für diesen Zweck waren ihm jedoch von der Regierung Pasitsch gestohlen worden. Markowicz, ein alter Revolutionär und warmerherziger Freund seines von der jugoslawischen Regierung unterdrückten montenegrinischen Volkes, wurde bald nach seiner Rückkehr von den jugoslawischen Behörden verfolgt. Wie viele andere montenegrinische Freiheitskämpfer, wurde er dazu gezwungen, in die Wälder zu flüchten und das Leben eines Partisanen zu führen. Aber trotz der hohen Kopfgelder gelang es den Schergen nicht, ihn zu fangen, weil er von der ganzen Bevölkerung geliebt und geachtet wurde. Erst, als die Behörden zu Repressalien gegen die Angehörigen der Partisanen schritten und gleichzeitig den Partisanen volle Amnestie bei ihrer Rückkehr versprachen, kehrten diese wieder in ihre Heimatsorte zurück.

Trotzdem wurde Markowicz unter Bruch des gegebenen Versprechens bald darauf verhaftet unter der fälschlichen Anklage, den Ingenieur Miuschkowitsch ermordet zu haben. In einem in Cetinje stattfindenden Prozeß wurde jedoch gerichtsnotorisch festgestellt, daß der Mörder einer Schar von Provokateuren entstammte, die von einem Verräter am montenegrinischen Volk, dem jetzigen jugoslawischen Gesandten in Prag,

Piamanetz, ausgeholfen wurde. Es gelang jedoch Markowicz, mit einem falschen Paß zu flüchten und die österreichische Grenze zu überschreiten. Dort wurde er verhaftet und die österreichische Regierung beabsichtigte, ihn als angeblich kriminellen Verbrecher an seine jugoslawischen Hecker auszuliefern. Trotzdem die Gesandtschaft der Sowjetunion, deren Bürgerrecht Markowicz besitzt, gegen die Auslieferung protestierte.

Der Proteststurm der Werktätigen und Intellektuellen Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens, Amerikas sowie Oesterreich selbst hat diesen Schurkenstreich jedoch vorläufig vereitelt.

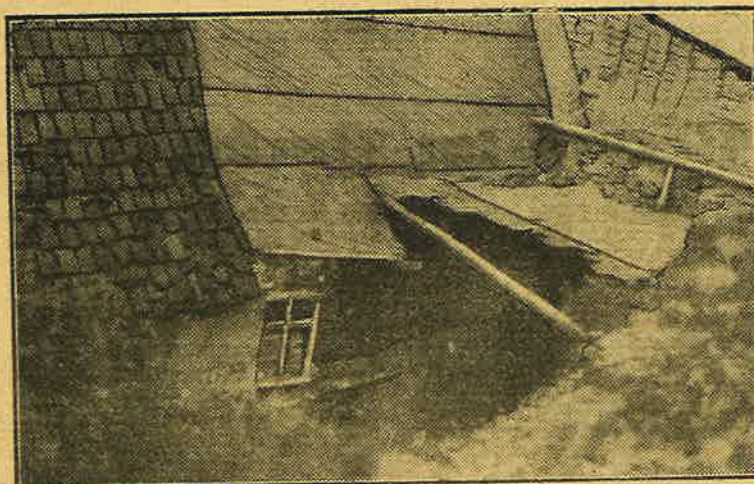
Die bereits festgesetzte Auslieferung ist vorläufig unterblieben. Das ist zweifellos ein großer Erfolg der Protestaktion, die von den verschiedenen Rote Hilfe-Organisationen — auch die Rote Hilfe Deutschlands beteiligte sich daran u. a. mit einem Telegramm des Zentralvorstandes — eingeleitet wurde.

Noch ist aber die Gefahr für Markowicz nicht völlig vorbei. Eine Deputation aller Wiener proletarischen Organisationen, die auf einer Protestversammlung in Wien gewählt wurde, erhielt vom Vizekanzler Waber noch immer ausweichende Antworten. Vor allem befindet sich Markowicz noch immer im Gefängnis.

Es ist Aufgabe des internationalen Proletariats, seine endgültige Freilassung und sicheres Asylrecht für ihn zu erzwingen.

Wie Klassenkampftöter wohnen müssen!

Das nebenstehende Bild zeigt die Hinterwand des Hauses, in dem die Genossin Kirchner aus Hettstedt, Molmeckerstr. 38, mit ihren zwei Kindern „wohnt“. Der Mann der Genossin Kirchner wurde in den Kämpfen bei Ammendorf im Jahre 1921 von der Schupo erschossen. Dadurch, daß die Familie ihres Ernährers beraubt wurde, hatte sie selbst nicht mehr die genügenden Mittel, ihr Haus im gleichen Maße wie früher instand zu halten. Als im Herbst 1925 das Haus einzufallen begann, stellte die Genossin Anträge an die Stadt Hettstedt, an das Wohlfahrtsamt Mansfeld und an die Rote Hilfe, ihr eine Beihilfe zur Ausbesserung ihres Hauses zu gewähren. Die Rote Hilfe war sofort dazu bereit, einen Zuschuß von 100 Mark zu bewilligen, wofür der Ortsvorstand Ziegel zur Ausbesserung des Daches kaufte. Das reichte jedoch nicht aus, um die großen Schäden am Hause zu beseitigen. Die Behörden aber sandten wohl Vertreter zur Besichtigung des Hauses, die auch sehr weise feststellten, wie es gemacht werden muß, aber es geschah nichts.



Hinterwand des Hauses der Frau Kirchner, Hettstedt, Molmecker Straße 38, deren Mann 1921 in Ammendorf von der Schupo erschossen wurde

Infolgedessen verfiel das Haus immer mehr. Am 4. Juli nahm nun die Mitgliederversammlung der Roten Hilfe, Ortsgruppe Hettstedt, zu dem Fall Stellung und forderte von den Behörden, daß 1. das Haus der Frau Kirchner sofort polizeilich geschlossen wird und den Bewohnern des Hauses eine andere menschenwürdige Wohnung bis zur Instandsetzung des Hauses überwiesen wird; 2. daß das Haus mit Staatsmitteln instand gesetzt wird und 3., daß die Familie nach Instandsetzung wieder in ihr Heim kommt.

Einen kleinen Erfolg haben die verschiedenen Proteste der örtlichen R. H.-Organisation auch bereits gehabt. Das Haus wird jetzt wenigstens notdürftig ausgebessert. Aber von einer gründlichen Renovierung, die nur durch vorübergehende Schließung und durch völlige Erneuerung der Rückwand und des Daches möglich wäre, ist noch keine Rede.

Die R. H.-Gruppe setzt deshalb ihren Kampf fort durch Mobilisierung der Bevölkerung sowie durch Anträge im Stadtparlament und Eingaben an verschiedene andere Behörden.

Die Max Holz-Kampagne in Mitteldeutschland

Im Mai und Juni fand in ganz Mitteldeutschland eine großzügige Kampagne für die Wiederaufnahme des Prozesses gegen Max Holz und für die Freilassung der politischen Gefangenen statt, bei der die Frau des Genossen Max Holz in zahlreichen Versammlungen sprach.

Von dem gewaltigen Erfolg, den die Kampagne der Roten Hilfe brachte, gibt die folgende Aufstellung ein glänzendes Bild:

Am mendorf: 1200 Besucher, verkauft 100 Holz-Broschüren, gesammelt 41,33 Mark, 50 Neuaufnahmen für die Rote Hilfe.

Böllberg: 400 Besucher, verkauft 70 Holz-Broschüren, gesammelt 15,10 Mark, 31 Neuaufnahmen.

Merseburg: 800 Besucher, verkauft 145 Holz-Broschüren, gesammelt 62,77 Mark, 85 Neuaufnahmen.

Delitzsch: 800 Besucher, verkauft 100 Holz-Broschüren, gesammelt 29,12 Mark, 50 Neuaufnahmen.

Roßla: 150 Besucher, verkauft 25 Holz-Broschüren, gesammelt 6,24 Mark, 7 Neuaufnahmen.

Helbra: 200 Besucher, verkauft 25 Holz-Broschüren, gesammelt 5,75 Mark, 17 Neuaufnahmen.

Leimbach: 250 Teilnehmer, verkauft 30 Holz-Broschüren, gesammelt 11,60 Mark, 7 Neuaufnahmen.

Hettstedt: 1000 Besucher, verkauft 75 Hölz-Broschüren, gesammelt 75 Mark, 30 Neuaufnahmen.

Sangerhausen: 300 bis 400 Besucher, verkauft 50 Hölz-Broschüren, gesammelt 12,25 Mark, 22 Neuaufnahmen. (WTB. meldet hierüber: sehr stark besuchte Versammlung, schreibt sehr sachlich und begrüßt die warmen Worte der Frau Hölz.)

Gerbstedt: 700 bis 800 Besucher, verkauft 50 Hölz-Broschüren, gesammelt 35,33 Mark, 32 Neuaufnahmen.

Alsleben: 600 Besucher, verkauft 50 Hölz-Broschüren, gesammelt 45,59 Mark, 26 Neuaufnahmen.

Belleben: Kurze Kundgebung auf dem Markt durch Alslebener Rote Frontkämpfer während der Abholung der Genossin Hölz vom Bahnhof zum Versammlungslokal in Alsleben zustandegebracht mit 100 bis 120 Besuchern. Für Belleben ein außerordentlicher Erfolg.

Burgdorf: 400 Besucher, verkauft 30 Hölz-Broschüren, 10 „Rote Helfer“, gesammelt 22,65 Mark, 30 Neuaufnahmen.

Halle: 3000 bis 4000 Besucher, eine Viertelstunde nach 8 Uhr mußte der Volkspark abgesperrt werden, weil beide Säle überfüllt waren. Verkauft etwa 200 Hölz-Broschüren und 250 „Rote Helfer“ und „Bulletins“, gesammelt über 300 Mark, 66 Neuaufnahmen. Die Zahl der Neuaufnahmen dürfte jedoch weit höher sein, weil es wegen der Ueberfülle der Versammlung nicht möglich war, die dort ausgefüllten Scheine einzusammeln und sie deshalb auf anderem Wege der Organisation zugegangen sein dürften.

Bieberitz: 1000 Besucher (darunter zahlreiche SPD.-Leute und Kleinbürger), verkauft 150 Hölz-Broschüren, gesammelt 145,25 Mark, 16 Neuaufnahmen.

Wittenberg: 400 Besucher, verkauft 80 Hölz-Broschüren und 20 „Rote Helfer“ und „Bulletins“, gesammelt 49,05 Mark, 6 Neuaufnahmen. (Weitere Neuaufnahmen, deren genaue Zahl nicht bekannt, erfolgten nachträglich.)

Greppin: 500 Besucher, verkauft 80 Hölz-Broschüren, gesammelt 39,50 Mark, 22 Neuaufnahmen.

Neumark-Bebra: 450 Besucher, verkauft 100 Hölz-Broschüren, gesammelt 29,52 Mark, 30 Neuaufnahmen.

Bitterfeld: 500 Besucher, verkauft 85 Hölz-Broschüren und 10 „Rote Helfer“ und „Bulletins“, gesammelt 32,50 Mark, 4 Neuaufnahmen.

Querfurt: 700 Besucher, verkauft 125 Hölz-Broschüren und 17 andere Broschüren, gesammelt 66,41 Mark, 47 Neuaufnahmen.

Eisleben: 1100 Besucher, verkauft 200 Hölz-Broschüren, gesammelt 94 Mark, 52 Neuaufnahmen.

Zeitz: 700 Besucher, verkauft 125 Hölz-Broschüren, 53 „Rote Helfer“ und 50 Hölz-Postkarten, gesammelt 126 Mark, 86 Neuaufnahmen, sowie 100 Karten an den Reichsjustizminister abgesandt.

Seeben: 300 Besucher, verkauft 75 Hölz-Broschüren, gesammelt 44,20 Mark, 23 Neuaufnahmen.

Schkeuditz: 300 Besucher, verkauft 87 Hölz-Broschüren, gesammelt 30,70 Mark, 16 Neuaufnahmen.

Teutschenthal: 600 Besucher, verkauft 50 Hölz-Broschüren, gesammelt 21,90 Mark, 16 Neuaufnahmen.

Oberöbblingen: 400 Besucher, verkauft 50 Hölz-Broschüren, gesammelt 24,71 Mark, 50 Neuaufnahmen, Gründung einer neuen Rote-Hilfe-Ortsgruppe.

Weißenfels: Etwa 1200 Besucher, verkauft 100 Hölz-Broschüren, gesammelt etwa 150 Mark, 24 Neuaufnahmen.

Die Erfolge dieser Versammlungen sind um so höher zu bewerten, wenn man bedenkt, daß es sich hier vielfach um ganz kleine und unbedeutende Orte handelt. In vielen Orten nahmen auch Reichsbannerleute und sozialdemokratische Arbeiter an den Versammlungen teil. In Leimbach erklärte ein Reichsbannerführer Grützmacher, sich mit dem Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen einverstanden und versprach, sich innerhalb der SPD. für die Freilassung der politischen Gefangenen einzusetzen.

Diese Versammlungen beweisen, daß die mitteldeutschen Arbeiter sich wieder regen und der Gedanke der Solidarität in ihnen noch immer wach ist.

Die Arbeiterschaft des ganzen Reichs muß diese Bewegung unterstützen und mit den mitteldeutschen Arbeitern einstimmen in den Ruf:

Wiederaufnahmeverfahren für Max Hölz!

Freilassung aller politischen Gefangenen einschließlich Max Hölz!

Besuch im Barkenhof

Der untenstehende Bericht stammt von dem bekannten Berliner Arzt Dr. Max Hodann, Verfasser des Buches „Bub und Mädel“, Mitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes.

Auf einer Faltbootfahrt durchs Stromgebiet der Weser kamen wir nach Worpsswede. Wenn auch hier und da die Autos vornehmer Bremer die Stille des Moors erheblich störten, so waren wir doch ganz erfüllt von der freundlichen Einheitlichkeit des Dorfes mit seinen breit gelagerten roten Höfen. Noch am Abend der Ankunft suchten und fanden wir den Barkenhof.

Stille rings umher. Am Fenster des weißen Fachwerkhäuses zwei kleine Mädels. „Sagt mal, wo kommt man denn hier herein?“ „Gehst nur ums Haus herum, ich werde die Genossin Paula rufen!“ Und schon waren wir begrüßt und unter Freunden.

Ein Kindertransport war gerade fort — der neue noch nicht da, gewissermaßen Ferienzeit, nur sechs Kinder zur Nachkur im Heim. Die Räume hell und luftig, die Diele von Vogelers Hand in köstlichen Farben geschmückt, der Versammlungsraum durch lustige Farbenkreise belebt, und dann das Prachtstück, das allen bürgerlichen Besuchern des Heims unverhohlenen Erstaunen abfordert: die fürstliche Badeeinrichtung für die erholungs- und pflegebedürftigen Kinder. Aus den traurigsten Gegenden kommen sie, mit den traurigsten Erinnerungen belastet. Hier sollen sie, die Kinder unserer Kämpfer, einige Wochen verleben, in denen sie Licht und Luft und Sonne, ein eigenes sauberes Bett und innere Ruhe, kaum gekannte Güter genießen können. Erschütternd sind die Äußerungen, die diese Kinder als Beiträge zu ihrer Wandzeitung liefern, dem geistigen Bindeglied der ganzen jeweils versammelten Gemeinschaft. Es ist eine schwere Aufgabe, die täglich und wohl oft genug nächtlich die Kraft

unseres Genossen, der tagsüber mit den kleinen Gesellen beisammen ist, in Anspruch nimmt, stets für neue, reizvolle Beschäftigung und Arbeit zu sorgen. Wenn man diese ernste Erziehungstätigkeit würdigt, die sich in der Kindergemeinschaft entwickelt, so versteht man die Sorge der verantwortlichen Genossen darum, daß sie nicht unter dem Uebermaß an Arbeit die Verbindung mit der Welt „da draußen“ verlieren, von neuen Ergebnissen der Erziehungsforschung abgeschnitten werden, und so den Kindern letzten Endes nicht das geben können, was in einem proletarischen Heim zu bieten unser Ehrgeiz sein sollte.

Darum an dieser Stelle eine Bitte an alle Genossen, die helfen können: Fehlt schon die Zeit, um mit anderen erzieherisch tätigen Stellen draußen Fühlung zu nehmen, so müßten doch die leitenden Genossen so sehr wie die im Barkenhof befindlichen Kinder die Möglichkeit haben, sich bei ihrer Arbeit und Erholung auf Literatur stützen zu können. Daran mangelt es. Es mangelt an Zeitschriften. — Wer stiftet ein „Urania“-Abonnement? — Es mangelt an Büchern für die Kinder. Denkt dran und helft.

Am nächsten Tage trafen wir uns — an einem sonnigen Nachmittag, und setzten unten an der Hamme, dem köstlichen Moorflüßchen, das Faltboot zusammen. Am meisten bei der Sache war die ausgemachteste Landratte aus dem Erzgebirge! Und dann wurde im Schichtwechsel gepaddelt, bis der Sonnenuntergang zum Heimweg nötigte. Am nächsten Morgen mußten wir weiter — gern wären wir länger geblieben. Wir werden den Barkenhof nicht vergessen, er ist eine wahre Pflanzstätte unseres Geistes. Drum, wer nach Nordosten auf Fahrt zieht, „steige ab“ in der Jugendherberge von Worpsswede und trage ein wenig dazu bei, daß der lebendige Zusammenhang zwischen dem Kinderheim und der Bewegung stets erhalten und gefestigt werde.

Wiedereröffnung des Kinderheims Worpsswede

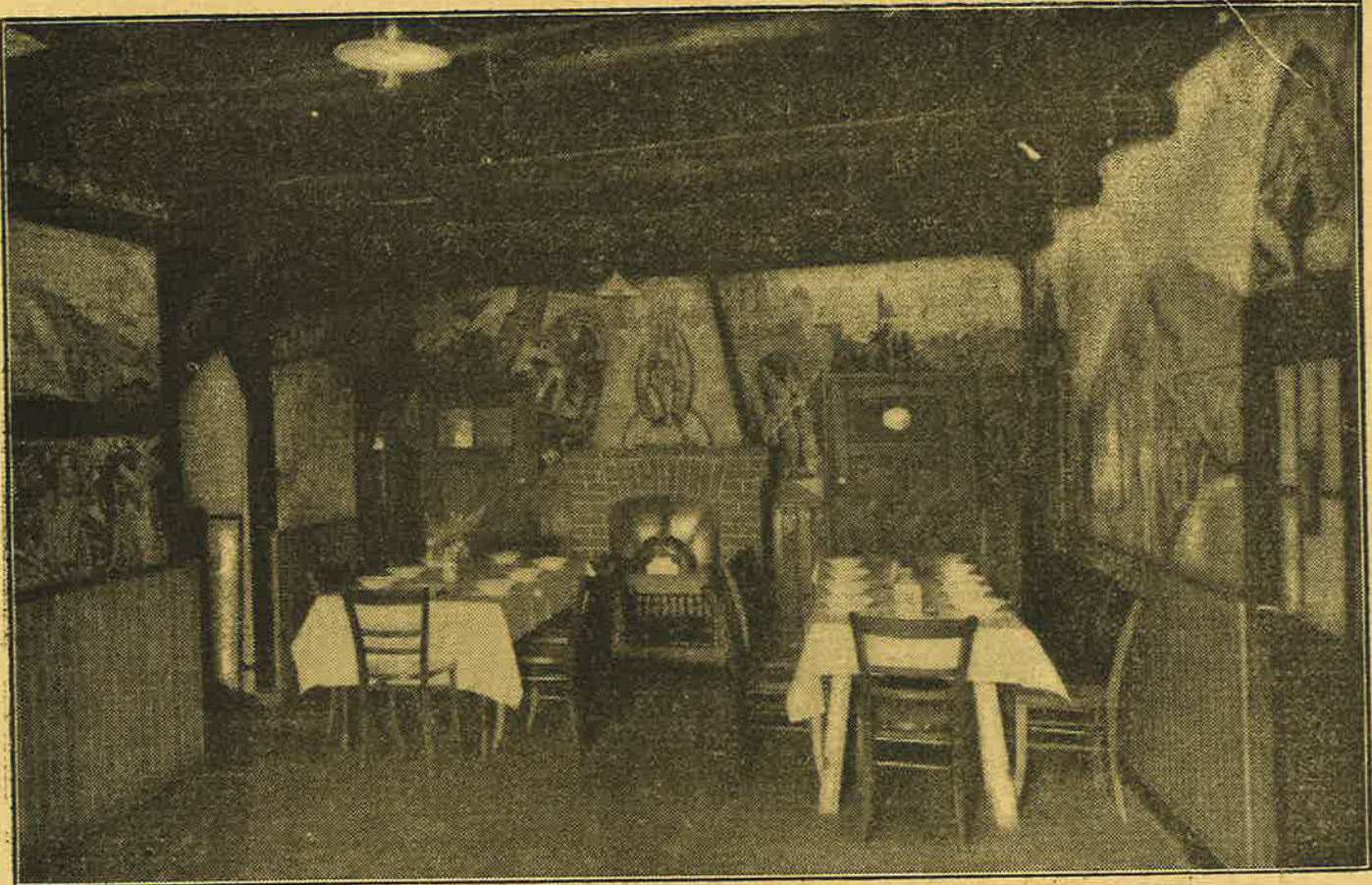
Allen Schwierigkeiten und Hemmnissen zum Trotz setzt die Rote Hilfe das Kinderhilfswerk weiter fort. Das Kinderheim „Barkenhof“ in Worpsswede, das bereits seit 2½ Jahren den Kindern politischer Gefangener einige Monate der Erholung und Lebensfreude gab, war vorübergehend zum Zwecke der Renovierung geschlossen worden.

Am Sonntag, den 25. Juli, fand nun in Worpsswede die Wiedereröffnungsfeier des Kinderheims statt. Zahlreich beteiligten sich die Bremer Arbeiter ohne Unterschied der Partei an der Eröffnungsfeier. Vor der Eröffnung fand eine Besichtigung des Heims statt, das, schneeweiß gestrichen und blank gebohrt, den Eindruck peinlichster Sauberkeit machte. Das frühere Atelier des Genossen Vogeler, das jetzt den Kindern als Aufenthalt und Spielraum dient, ist durch

Von besonders starker Wirkung war ein Sprechchor „Wir klagen an“ der im Heim untergebrachten Kinder, deren Väter hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern schmachten.

Noch lange standen die Anwesenden unter dem Eindruck dieses Vortrages. So hat diese Eröffnungsfeier dazu beigetragen, das Interesse der Bremer Arbeiterschaft für die Rote Hilfe und das Kinderheim wachzurufen. Möge auch für die Arbeiterschaft ganz Deutschlands die Wiedereröffnung des „Barkenhofs“ ein Ansporn sein, die Anstrengungen für die Unterstützung des Kinderhilfswerks zu verdoppeln und zu vervielfachen.

Helft den Kindern der politischen Gefangenen!



Diele im Kinderheim Worpsswede mit Malereien des Genossen Vogeler

Malereien des Genossen Vogeler verschönert worden. Für die Erholung der Kinder ist aufs Beste gesorgt. Ein Flügel und ein Grammola sorgen für Musik. Drei Kühe, deren Milch ausschließlich für das Heim verarbeitet und konsumiert wird, eine Hühner-, Enten- und Gänsezucht sowie ein peinlich gepflegter Obst- und Gemüsegarten sorgen für frische und gesunde Nahrung. Dank der Besucherzahl zog sich die Besichtigung bis zum Nachmittag hin.

Danach begann die Eröffnungsfeier mit einer Rede des Genossen Ehlers, Bremen. Durch die Mitwirkung der proletarischen Bühne, der Musikkapellen des Roten Frontkämpferbundes und des Sprechchors des Jung-Spartakus-Bundes wurde die Eröffnungsfeier verschönert. Ein anwesender Vertreter der Roten Hilfe Rußlands überbrachte dem „Barkenhof“ das Versprechen der russischen Mopr-Arbeiter, stets am Ausbau der Kinderheime der RHD. mitzuwirken. Außerdem wurde die Eröffnung durch einen Vertreter des Zentralvorstandes der RHD, einen Vertreter des Roten Frontkämpferbundes, des Roten Frauen- und Mädchenbundes, der Internationalen Arbeiter-Hilfe, des Arbeiter-Abstinenzbundes, der Kommunistischen Jugend und des Jung-Spartakus-Bundes begrüßt. Auch die Bezirke Wasserkante und Oberschlesien der Roten Hilfe hatten ihre Vertreter zur Eröffnungsfeier geschickt. Sie alle gelobten, den „Barkenhof“ mit allen Kräften zu unterstützen.

Sammelmarke für unsere Heime.

Zur Unterstützung und Förderung des Hilfswerks für die Kinder der politischen Gefangenen und namentlich zur Unterstützung der beiden Kinderheime in Worpsswede und Elgersburg hat der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands eine Kinderhilfsmarke herstellen lassen, die zum Preise von 10 Pfennig abgegeben wird. Die Marke trägt das Bild des fünfjährigen Erwin Groß aus Elberfeld, dessen Vater zu 11 Jahren Zuchthaus wegen Hochverrat verurteilt wurde. Der Junge, der der Kleinste im Heim war, ist der Liebling des Elgersburger Kinderheims. Aus dem Mopr-Film wurde sein Bild als staatsgefährlich entfernt, weil dabei stand: „Vorturner ist der kleine Erwin Groß aus Elberfeld, dessen Vater zu 11 Jahren Zuchthaus wegen Hochverrat verurteilt wurde“.

Nunmehr werden Hunderttausende von Werktätigen das Bild des staatsgefährlichen Jungen, das sie im Film nicht sehen durften, auf der Marke sehen.

Die Förderung des Kinderhilfswerkes der RHD. ist notwendiger denn je. Die bevorstehenden großen Kämpfe werden in Deutschland, dem Lande der Justizreaktion, der Arbeiterklasse neue Opfer durch die Klassenjustiz kosten.

Helft den Kindern der politischen Gefangenen!

Kauft und vertreibt die Kinderhilfsmarke der Roten Hilfe!

Breslau und Görlitz

Zwei berühmte schlesische Städte

Von Rudolf.

In den letzten Monaten und Wochen war Schlesien der Schauplatz einer ganzen Anzahl von Polizeijustizskandalen, Terrorakten und geradezu skandalöser Klassenjustizurteile. Dabei haben die Städte Breslau und Görlitz eine gewisse Berühmtheit erlangt, die in Deutschland wohl nur vom „Freistaat Bayern“ übertroffen wurde.

Breslau ist bekannt als die Stadt der Morde. Innerhalb eines kurzen Jahres wurden hier drei furchtbare Morde begangen, die sämtlich noch der Aufklärung harren. Die Polizei und die Justiz versagten in der Aufspürung der Täter kläglich. Im Falle der Ermordung des Professors Rosen und des im selben Hause wohnenden Schuhmachers Stock schreibt selbst die bürgerliche Presse, daß man sich scheute, aus Rücksicht auf den Bruder des Ermordeten, Reichsminister a. D. Rosen, die Lebensgewohnheiten des Professors zum Gegenstand der Untersuchung zu machen. Dann wäre Licht in das Dunkel gekommen. Denn Professor Rosen war sexuell unnormal und verkehrte in übel berufenen Kreisen. Bei Arbeitern aber kennt die Polizei keine Scheu. Bei dem zweiten Verbrechen, die Ermordung von Angehörigen der Familie Kochmann sind wohl zwei Verhaftungen vorgenommen worden.

Es zeigt sich aber hier, daß die Kriminalpolizei in eine Sackgasse geraten ist. Eine Weltblamage aber hat die Breslauer Polizei und Staatsanwaltschaft bei dem Lustmord an den zwei Kindern Fehse erlebt. Mit vom Polizeipräsidenten aus Amerika heimgebrachten Methoden wurde die ganze Breslauer Bevölkerung verrückt gemacht. Das Ergebnis war ein großes Denunzieren aller möglicher „mißliebiger“ Personen. Die großspurigen Ankündigungen der Polizei, daß sie dem Mörder auf der Spur sei, waren nur Bluff. Der oder die Mörder waren sogar so frech, nach drei Tagen noch dem Großvater der Kinder die Geschlechtsteile per Post zuzusenden. Dann suchte man den Mörder unter den Arbeitern, während das ganze Verbrechen darauf schließen läßt, daß reiche Lüstlinge ihre dreckigen Hände im Spiel gehabt haben müssen.

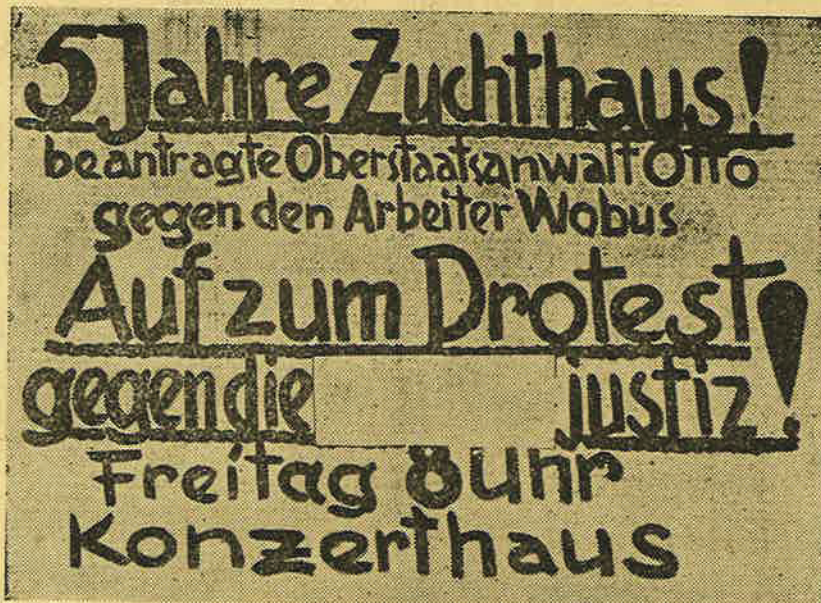
Während die Breslauer Polizei in ihrem eigentlichen Beruf versagt, hat sie sich meisterhaft als Prügelhelden gegenüber der Arbeiterschaft entwickelt. Bei jeder Demonstration sausen die Gummiknüppel auf demonstrierende Arbeiter hernieder. Am 7. März wurde bei einer Demonstration gegen die Fürsten der Rote Frontkämpfer Kaiser so mißhandelt, daß er vier Wochen später an inneren Verletzungen starb. Am 19. Juni wurden bei einer Jugenddemonstration 14- bis 15jährige Kinder buchstäblich zu Boden geprügelt. Das sind nur einige Beispiele aus der letzten Zeit.

Bei diesen Zuständen ist es verständlich, daß der Kriminalverbrecher und Landgerichtsdirektor Jürgens in Breslau noch einen „würdigen Kumpan“ gefunden hat, Amtsgenossenrat Josefson. Dieser ehrenhafte deutsche Richter stand unter der Anklage der Mordanstiftung. Er, ein moralisch und sexuell entartetes Individuum, wurde einwandfrei überführt, daß er den Mordrevolver seiner Geliebten Rodestock für die Beseitigung einer anderen Geliebten gekauft hat, mit dem dann auch die Hesse schwer verletzt wurde. Aber es fehlte das Tipfelchen über dem „i“ zur Verurteilung, und darum wurde er freigesprochen. Bei denselben Klassenrichtern genügt aber nur das I-Tipfelchen, um Arbeiter auf Jahre ins Zuchthaus zu bringen. Und noch während dieser Proteßtage, wurde der Reichsbannermann und Sozialdemokrat Doctor auf offener Straße von einem Stahlhelmbanditen erschossen. Der

Mörder wurde aber freigelassen. Und noch in der Nacht nach der Beerdigung des Ermordeten wurden die Kranzschleifen am Grabe abgerissen. Bis heute hat man nichts gehört, daß gegen die völkischen Grabschänder ein Ermittlungsverfahren eingeleitet ist. Dafür aber wurde der Mörder bis zur Beerdigung seines Opfers in Schutzhaft genommen, um ihn vor der Volks- rache zu verschonen. Und ein Breslauer Offizier war es, der dieser Kanaille Wein mit dem Gruß „Für gutes Zielen“ in die Schutzhaft schickte. Als dann die Empörung der Breslauer werktätigen Bevölkerung in einigen Verprügelungen von Stahlhelmgesindel sich Luft machte, verfügte der demokratische Polizeipräsident den kleinen Belagerungszustand. Das ist Breslau, die Stadt, wo Mörder nicht ermittelt oder nicht verhaftet werden, die Polizei eine Gummiknüppel-Garde ist, Dutzende von städtischen Beamten Unterschlagungen begehen, Stahlhelmbanditen mit Raubrittermethoden Herren der Straße sind und ein Josefson freigesprochen wird.

Nun zu Görlitz. Der Ruhm Breslauer Richter, einen Josefson freizusprechen, läßt den Oberstaatsanwalt Otto nicht schlafen. Er beantragte gegen den Roten Frontkämpfer Wobus, der angeblich einem Bismarckbündler die Mütze weggenommen

haben soll, fünf Jahre Zuchthaus. Derselbe Otto aber schlug ein Verfahren gegen Knüppel - Kunze wegen Beleidigung und Beschimpfung der Republik nieder. Als dieser ungeheuerliche Strafantrag die „Rote Hilfe“ veranlaßte, eine öffentliche Protestversammlung zu veranstalten, wurde vom Polizeidezernenten Viebeg das in dieser Nummer bildlich wiedergegebene, selbstgefertigte Plakat der Görlitzer Genossen beschlagnahmt und erst freigegeben, nachdem das Wort „Klassen“ mit einem weißen Streifen überklebt war. Besser konnte der Staat nicht beweisen, daß es eine weiße Justiz gibt. Derselbe Viebeg verbietet der „Arbeiterzeitung“ für Schlesien“ den Straßenverkauf, weil kein Bedürfnis vorliege. (!)



Versammlungsplakat in Görlitz, auf dem auf Befehl des Polizeidezernenten Viebeg das Wort Klassen überklebt werden mußte, weil es keine Klassenjustiz gäbe!!

In demselben Görlitz wurde ein Kriegsbeschädigter und seine Frau in Anklagezustand gesetzt. Sie wurden in nicht widerzugebender Weise von dem Stadtarzt Dr. Herford behandelt. Darüber erschien ein Artikel in der „Arbeiterzeitung“. Da aber der verantwortliche Redakteur nicht gleich am Kragen zu bekommen war (es war ein Landtagsabgeordneter), wurden einfach die Leute angeklagt, von denen der Artikel berichtete. Trotzdem sie die Wahrheit dieses Artikels beschworen, wurden sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit mit je 12 Tagen Gefängnis verurteilt. Dem Landjäger Baensch aus Thiemendorf, der eine Arbeiterfrau und ihr Kind mit dem Besen solange bearbeitete, bis er bei dem Prügeln in mehrere Stücke zerbrach, passiere nichts. Vor Gericht gab er das zu. Er bejahte auch, als er gefragt wurde, ob er schon betrunken im Straßengraben gelegen und eine andere Frau auf offener Straße gebackpfeift habe, die sich später zu beleidigenden Aeußerungen hinreißen ließ. Dafür aber wurde die mit dem Besenstiel geschlagene Frau zu 50 M. Geldstrafe verdonnert. Die verantwortlichen Redakteure der sozialdemokratischen Zeitung und der „Arbeiterzeitung“, die diesen Vorfälle mit entsprechendem Kommentar veröffentlichten, bekamen ebenfalls wegen Beleidigung Geldstrafen. Der sozialdemokratische Redakteur wurde zu 50 M. Geldstrafe verurteilt und der kommunistische Redakteur zu 75 M. Das ist Görlitz mit seiner Klassenjustiz.

Die Arbeiterschaft ganz Deutschlands, muß gegen die unerhörten Justizskandale von Breslau und Görlitz Stellung nehmen und dafür sorgen, daß ihnen ein Ende gemacht wird.

Gefangenbriefe und Gefangenarbeiten!

Aus einem Brief des Genossen D r e w s, Strafanstalt Nau-
gard:

„Laßt mich zuerst den herzlichsten Dank aussprechen, zu dem Ihr, lieben Freunde und Genossen, mich durch Eure Fürsorge und andauernden Beweise proletarischer Solidarität tief verpflichtet habt. Ich muß offen gestehen, daß ich früher —

verbindet. Habt nochmals Dank, ich werde draußen versuchen, es durch eifrigste Betätigung zu vergelten.

Nun nehmt zur Kenntnis, daß ich Eure Schreiben vom 30. März und 11. Juni erhalten habe. Ferner erhielt ich im April d. J. ein Drucksachen-Päckchen mit „Einheit“, „Internationale“, „I. A.-Z.“ usw. Großen Jubel löste das aus; denn so etwas frischt den Geist auf. Immer und immer wieder wurde alles aufmerksam studiert. — Eurem letzten Schreiben vom 11. Juni waren auch sechs Ansichtskarten von „Mopr.“ und „Barkenhof“ beigelegt. Ja, liebe Genossen, das ist etwas, wonach ich mich schon lange gesehnt habe. Wohl habe ich meine Zelle schon mit Bildern aller Art geschmückt (sogar Trotzki's Photographie ist da und auf sie geklebt die Mai-marke (KPD.) von 1924 mit dem Bildnisse Lenins), aber wie die Eigenart der gesandten Bilder wirkt, wird wohl richtig nur der empfinden, der Bilder aus dem proletarischen Leben in jahrelanger Haft vermissen mußte. Daß mir derartiges immer höchst willkommen ist, bitte ich bei Gelegenheit nicht zu vergessen.

Euer Angebot betreffend der Toilettenseife muß dankend abgelehnt werden. Erstens bin ich schon für dieses Jahr in ausreichendem Maße mit Toilettenartikeln versehen, da ich zur Anschaffung eigenes Geld benutzen dürfte und zweitens ist es nicht angängig, daß wir gemeingefährliche Verbrecher Pakete empfangen. Des deutsch. Volkes Kasperle-Theater, Darsteller in der Prinz-Albrechtstr. 5, erblicken darin anscheinend des „Volkes“ Untergang. Aber, Ihr lieben Genossen, Drucksachen werden mir immer ausgehändigt und bitte ich Euch, mir auf diese Art u. a. eins der angebotenen Stenographenlehrbücher nebst Schreibhefte zukommen zu lassen. Solltet Ihr auch Esperanto-Lehrbücher zur Verfügung haben, bitte ich, mich auch damit zu bedenken. — Wie also bereits gesagt: Drucksachen erhalte ich, nur nicht Pakete! Wollt Ihr das bitte stets in Betracht ziehen.

Der beabsichtigten Wanderausstellung der Roten Hilfe wünsche ich den vollen Erfolg. Ihr werdet damit das Interesse der Massen für Eure Aufgaben wecken und Erfolge zeitigen, trotz aller Agitation der vereinigten Gegner des Proletariats!“ ...



Holzschnitt des Genossen Wingerling, Zuchthaus Brieg.

bis zu meiner Inhaftierung — nicht das genügende Verständnis besaß für die hohe Aufgabe und Tätigkeit der Roten Hilfe. Wohl gab ich gern, was ich entbehren konnte, ließ es aber an aktiver Betätigung, speziell beim Ausbau der Roten Hilfe, wie eifriges Werben und dergleichen, mangeln. So wie ich damals also meine Pflicht als Proletarier leider nicht völlig erfüllte, taten es auch viele Klassengenossen noch. Nun sind über zwei Jahre darüber vergangen. Wie die vorhin erwähnten Klassengenossen darüber heute denken, weiß ich nicht. Wohl aber weiß ich jetzt, was für einen gewaltigen Wert die Rote Hilfe für die eingekerkerten Revolutionäre — und darüber hinaus für die Bewegung — darstellt. Ich bin durch Eure Praxis belehrt worden. Ihr spendet Trost und Freude, lindert Not und Leid, und knüpft somit immer fester das Band, das uns alle

Adtung! Ausweise!

Wiederholt haben Schwindler mit Ausweisen von Ortsgruppen der Roten Hilfe die Organisationen gebrandschaftet. Um künftig jedem Mißbrauch mit Ausweisen vorzubeugen, teilt der Zentralvorstand mit, daß künftig nur noch die Bezirksvorstände und der Zentralvorstand zur Ausstellung von Ausweisen berechtigt sind, und daß Ortsgruppenausweise nicht mehr anerkannt werden. Falls sich die Notwendigkeit der Ausstellung eines Ausweises ergibt, muß die Ortsgruppe einen solchen beim Bezirks- bzw. Zentralvorstand beantragen. Alle Ortsgruppen und Bezirke werden angewiesen, strikt darauf zu achten.

Die Organisation der RHD. im Mai 1926

Bezirke	Die Ortsgruppen umfassen Arbeitsgruppen (-Zellen) in:				Registrierte Einzelmitglieder			Kollektiv-Mitgliedschaften		Mitglieder insgesamt	Parteizugehörigkeit der Einzelmitglieder				Funktionäre sind vorhanden in:				Übersicht über Versammlungstätigkeit									
	Ortsgruppen	Betrieben	Gewerkschaften	Vereinen	Wohnbezirken	Männer	Frauen	Zusammen	Kollektiv		Anhänger der Kollektivmitglieder	KPD.	SPD.	Bürgerliche	Parteilose	Betrieben	Gewerkschaften	Vereinen	Wohnbezirken	Funktionäre insgesamt	Funktionär	Mitglieder	Kollektivsch.	Oeffentliche	Bauleit., Vorstands-, Beirats-Aussch.-Sitzungen	Konferenzen	Kundgebungen, Demonstrationen	
Berlin-Brandenburg	96	68	4	15	123	13 540	6 223	19 763	33	40 025	9779	75	29	9 880	156	23	56	833	1068	56	63	2	14	48			7	
Pommern	27	4	3	3	39	1 597	196	1 793	1	28	1 821	1095	5	3	690	8	9	8	134	159	3	4						
Königsberg	36	18	12	5	33	2 651	728	3 379	18	3 853	7 232	1818	21	3	1 537	18	32	8	102	160	5	6		2	36		3	
Danzig	19	1	2		79	736	187	923	2	190	1 113	622	4		297	1	2		79	82	6	6			10			
Oberschlesien	15	3				523	32	555	5	2 708	3 263	294	3	1	257	10	4	2	49	65	3	4						
Schlesien	59	14			57	2 717	708	3 425	2	1 052	4 477	1574	65	5	1 781	26	4	1	163	194	24	18		5	22		2	
Ost-Sachsen	85	26		5	85	3 451	571	4 022	5	2 505	6 527	3036	44	14	928	43	12	21	157	233	17	25		1	17		2	
Erzgebirge-Vogtland	167	27	4	9	269	10 150	2 009	12 159	16	5 483	17 642	8443	98	41	3 577	70	24	46	574	714	53	24		1	48	1		
West-Sachsen	50	7			73	1 958	399	2 357	3	230	2 587	1555	25	6	771	17	9	9	140	175	9	1		13	9	1	2	
Halle-Merseburg	106					6 793	1 250	8 043	41	2 471	10 514	4764	80	25	3 174	70	60	75	135	340	19	19	2	5	17			
Magdeburg	35	5	4	2	91	2 067	602	2 669	1	1 000	3 669	1438	39	19	1 173	5	4	2	180	191	8	14						
Thüringen	102					5 840	959	6 799	58	8 212	15 011	4317	68	32	2 382	128	33	21	221	403	12	14		2	12		1	
Niedersachsen	64	4			90	2 294	658	2 952	5	2 916	5 868	1487	65	30	1 370	28	12	14	101	155	15	16		4	3			
Mecklenburg	36	1		5	36	1 507	424	1 931	5	350	2 281	1541	34	1	355	2		5	355	387	25	8		1	24		1	
Wasserkante	62	20			27	9 756	1 775	11 531	5	5 226	16 757	10279	39	5	1 208	27		5	355	387	25	8		1	24		5	
Nordwest	29	7	2		37			2 591	3	107	2 698	1935	32			624	15	9	2	67	93	11	7		6	30		
Ruhrgebiet	87	20	2	2	252	8 255	1 759	10 014	10	11 200	21 214	5560	108	15	4 331	73	20	12	474	579	42	30		1	28		1	
Nieder-Rhein	83	14	3	14	176	9 307	683	9 990	34	4 228	14 218	1727	19	11	8 233	19	21	14	380	434	29	21		32	39		2	
Mittel-Rhein	58	34	4	6	69	4 968	1 023	5 991	2	1 124	7 115	3161	71	83	2 676	34	4	6	328	372	12	16	1	1	10	1	4	
Hessen-Waldeck	20					545	115	660	1	300	960	216	7	1	436	1	1		20	22								
Hessen-Frankfurt	79				79	1 340	187	2 304	11	1 190	3 494	1334	16	4	950	2	1	11	79	93	1	8		4	6			
Rhein-Saar	58	2			58	2 586	356	2 942	8	926	3 868	1534	71	24	1 313	43	14	15	89	161	13			3	35		1	
Baden	82	16	3		77	2 988	441	4 411	7	1 545	5 956	2462	175	122	1 652	26		4	117	147	2	10		2	21			
Württemberg	48	28	4	6	20	2 841	299	3 140	16	8 317	11 457	2225	22	7	886	65	22	26	222	335	12	16	1			9		
Nordbayern	53	15				2 173	207	2 380	6	720	3 100				15	6	2	150	177	6	8				12			
Südbayern	84	24	1	1	34	2 413	472	2 885	5	2 020	4 905	1296	96	1	1 492	24	2	1	50	77	6	12	3		14		40	
Zentral-Sekretariat									1	200 000	200 000																	

*) Die Differenz zwischen den männlichen und weiblichen Mitgliedern und der Gesamtmitgliederzahl entsteht dadurch, daß nicht alle Ortsgruppen über diese Frage berichten.

Einnahmen und Leistungen der RHD. im Mai 1926

Bezirke	Einnahmen der RHD. im Monat Mai 1926									Leistungen der RHD. im Monat Mai 1926									
	Eintrittsgelder	Beitragsmarken	Kollektiv-Beiträge	Sammellisten	Sonstige Sammlungen	Gehalts-, Verlags-, Abfertigungen	Literatur-Verkauf	Zeitungen	Summa der Einnahmen	Familien-, Gefangenens-Unterstützung	Notstands-Unterstützung	Entlassungsgelder	Propaganda	Für Literatur u. Zeitungen	Patenschaften	Summa der Ausgaben	Abfertigungen f. Rechtsschutz u. w.	Zuschüsse vom Zentral-Vorstand	
Berlin-Brandenburg	201.80	4 958.20	87.—	1679.40	4 312.87	799.50	665.75	960.60	13 665.12	3 220.76	541.—		347.95	60.—		4 169.71	9 130.—		
Pommern	9.10	421.80	2.80	4.60	38.79	70.—	75.25	2.25	624.59	260.—	30.—	25.—	3.—	7.60		325.60	300.—		
Königsberg (Ostpr.)	8.40	667.—	22.—	66.40	384.19	117.50	290.34	100.25	1 656.08	1 294.80	19.70	50.—	39.05			1 403.55		300.—	
Danzig	1.68	124.64	8.80		4.65	39.17	18.24		197.18								415.20		
Oberschlesien	3.10	132.—	10.10		70.30	145.—	17.85	23.—	401.35	238.33	7.—		23.—	30.—		298.33			
Schlesien	36.30	594.10		73.32	420.94	190.—	361.82	89.87	1 766.35	240.55	56.—	35.—	24.50	325.07		681.12	748.70		
Ost-Sachsen	16.40	1 119.70	56.45		152.27	339.—	81.90	46.—	1 811.72	340.—	103.50		58.65	50.—		552.15	464.40		
Erzgebirge-Vogtland	27.—	4 091.30	71.95	155.70	688.30	1 067.80	649.89	159.90	6 911.84	1 090.—	95.20	100.—	45.—	12.22		1 332.42	2 798.60		
West-Sachsen	20.90	2 212.30	6.—	59.25	501.07	482.25	234.67	58.80	3 575.24	550.—	66.—	25.—	32.50			673.51	1 503.—		
Halle-Merseburg	13.60	1 460.70	163.64	37.—	540.98	503.—	254.62	189.85	3 163.39	1 810.—	87.20	360.—		520.—		2 777.20		15.—	
Magdeburg	22.70	607.40	10.—	16.10	232.44	158.20	102.06	54.50	1 203.40	351.55	32.—	50.—	16.50	66.16		516.21	140.50	15.—	
Thüringen	8.40	1 032.80	232.10	23.01	2 410.43	1 005.10	273.37	114.80	5 100.01	1 090.82	100.—	80.—	30.—	505.92		1 806.74	1 725.05		
Nieder-Sachsen	19.50	596.30	5.—	28.20	300.26	357.90	113.45	96.40	1 517.01	734.52	35.60	96.—	35.—			901.13	15.—		
Mecklenburg	7.30	297.60		48.85	134.84	40.—	78.15	—30	607.04	940.—		148.—	7.35	5.80		1 101.15		900.—	
Wasserkante	35.30	2 267.50	40.—	710.31	4 363.61	596.—	331.72	155.24	8 499.68	2 424.65	118.—	210.—	27.—			2 779.65	3 042.65		
Nordwest	9.60	697.10	5.—	138.45	94.—	449.50	111.60	45.50	1 550.75	130.—	35.—		19.—			184.—	400.—		
Ruhrgebiet	90.60	1 865.80	46.50	54.85	2 085.50	2 495.53	410.90	187.90	7 237.58	5 610.—	88.—	99.—	79.91	20.—		5 896.91	31.20	15.—	
Nieder-Rhein	59.40	2 518.10	141.30	67.70	839.26	1 005.10	177.35	181.50	4 989.71	2 356.—	350.—	100.—	239.14			3 045.14			
Mittel-Rhein	64.60	1 552.60	16.50	215.51	677.27	621.45	186.20	107.20	3 441.33	550.—	63.—	125.—	13.—	39.96		790.96	1 000.—		
Hessen-Waldeck	1.50	25.40		5.—	67.23	15.22	4.10		118.45	73.50		6.50	3.—	3.06		86.06			
Hessen-Frankfurt	22.50	603.10	92.—	151.—	279.50	349.—	104.45	84.40	1 685.95	650.—	53.35		17.33	680.05		1 400.73			
Rhein-Saar	21.14	793.76	17.50	36.70	254.26	100.—	97.04	145.74	1 466.14	810.—	41.15		5.—			856.15	66.80		
Baden	11.70	982.40			47.—	290.—	33.06	38.40	1 402.56	1 209.50	74.—	50.—	29.—			1 362.50	25.—		
Württemberg	14.30	875.95	11.—	45.—	362.29	430.—	98.75	71.90	1 909.19	1 000.—	79.80		7.40	25.—		1 112.20			
Nord-Bayern	4.60	485.46	3.—	49.94	32.43	73.49	71.35	720.27	280.—	70.—	25.—			2.50		352.50			
Süd-Bayern	11.60	633.50	10.—		1.—	252.—	72.85	42.80	1 023.75	788.40						813.40			
Zentralvorst. d. RHD.			1000.—						17 869.44	1 945.—	50.—	350.—	5 132.55	51.39		7 528.94			
Summa	743.02	31 616.51	2058.64	3666.29	19 295.68	11 918.22	4918.87	3028.45	94 115.12	29 978.38	2195.50	1934.50	6234.84	2404.73		42 747.95	21 806.10	1245.—	

Aus der Arbeit der Bezirke im Monat Mai.

Berlin-Brandenburg. Der internationale Weltfeiertag stand im ganzen Bezirk mit unter dem Zeichen der Roten Hilfe. Die vom Zentralvorstand herausgegebenen Maiabzeichen wurden in allen Ortsgruppen rege verkauft. An manchen Stellen wurden die Verkäufer der Abzeichen förmlich bestürmt. Der Erfolg des Verkaufs dieser Abzeichen war nicht nur ein finanzieller, sondern vielmehr noch eine wirkungsvolle Propaganda für die Rote Hilfe. In den Demonstrationen waren viele Transparente, die bildlich und durch Schrift auf die Rote-Hilfe-Arbeit und den Kampf für die Freilassung der politischen Gefangenen hinwiesen.

Im Mai wurde die Einzelamnestiekampagne in verstärktem Maße durchgeführt. Aus diesem Anlaß fanden in mehreren Bezirken Berlins Demonstrationen statt, bei welchen Plakate mitgeführt wurden, auf denen die Amnestie der namentlich angeführten politischen Gefangenen verlangt wurde. Die Demonstranten ließen während den Zwischenpausen der Kapelle immer wieder den Ruf ertönen: Heraus mit unseren politischen Gefangenen. Im 5.

Verwaltungsbezirk fanden zwei Demonstrationen und eine große öffentliche Protestkundgebung statt.

Die Versammlung wählte aus ihrer Mitte eine Delegation, bestehend aus einem SPD., einem parteilosen Geschäftsmann und zwei KPD.-Arbeitern, die den Auftrag erhielten, zum

Reichsjustizminister Marx zu gehen und die Zurücknahme der Strafantrittsaufforderung für den Genossen Dier zu erwirken. Obwohl Marx der Kommission keine direkte Zusage machte, mußte er aber dem energischen Drängen der Delegation nachgeben und versprach, in einigen Tagen Antwort zu geben. Die Delegation konnte dem Reichsjustizminister 9000 Unterschriften, die in wenigen Tagen gesammelt waren, für ihre Forderungen unterbreiten.

Die Einnahmen im Bezirk sind gegenüber dem Vormonat um 2000 Mark gestiegen. An den Zentralvorstand konnten für Rechtsschutz, Kinderheime usw. 9130 Mark abgeführt werden.

Bezirk Pommern. Im gesamten Bezirk wurde die Mitgliederzahl von 1703 auf 1793 gesteigert.

Oberschlesien. Zwei Arbeiter, die wegen unerlaubtem Sammeln für die Rote Hilfe angeklagt waren, haben sich vor Gericht selbst verteidigt.

Durch den Bezirksleiter und Gefangenennobmann wurden die Genossen Max Hölz und Heuck im Zuchthaus Groß-Strelitz besucht. Im Bezirk wurde eine neue Ortsgruppe gegründet. Am 1. Mai fand eine Kundgebung vor dem Gefängnis in Gleiwitz statt, an der Tausende von Arbeitern teilnahmen. Der Ortsausschuß des ADGB in Gleiwitz hatte die Arbeiterschaft aufgefordert, auch gegen die Klassenjustiz am 1. Mai zu demonstrieren.

Schlesien. In Striegau wurde den gefangenen Dissidenten und freireligiösen Genossen die Freidenkerschrift, welche vom Bezirksvorstand zugesandt war, nicht ausgehändigt. Am 15. Mai wurden im Bezirksbüro von der Breslauer politischen Polizei 277 Exemplare der Broschüre „Terror im Bild“ beschlagnahmt. Es wurde eine neue Ortsgruppe gegründet und 125 neue Mitglieder gewonnen. In Breslau fand am 22. Mai eine Jürgens-Versammlung statt, in welcher der Genosse Wollweber sprach. Die Versammlung war von über 2000 Personen besucht. In Breslau wurde eine Sondervorstellung von „Lebenslänglich“ im Viktoriatheater für die Rote Hilfe gegeben. „Lebenslänglich“ ist eine Wiedergabe von Paul Haus Buch „Zuchthauserlebnisse“. In dieser Sondervorstellung wurde durch einen Vertreter der Roten Hilfe eine Ansprache gehalten, in welcher besonders auf Max Hölz hingewiesen wurde. Von jedem Besucher hatte die Rote Hilfe 10 Pfennig Einnahme. Es wurden auch Broschüren verkauft und Geld gesammelt. Genosse Faude, der vor kurzem aus dem Zucht-

haus entlassen wurde, sprach in fast allen Ortsgruppen über seine Erlebnisse im Zuchthaus.

Der Markenumsatz ging im Monat Mai um 636 Marken zurück. Die Sammlungen konnten um 100 Mark gesteigert werden. Für Literatur wurden 450 Mark eingenommen.

Ostsachsen. Im März fanden die Wahlen zu den Gefangeneneinräten in Sachsen statt. Für die vereinigten Gefangeneneinräten in Dresden ist wieder der Vorsitzende der Betriebsräte in Dresden, Wiesener (SPD.), und für die Gefangeneneinräten in Bautzen der Geschäftsführer Albrecht, Bautzen, Flinsstr. 46 (SPD.) gewählt worden. Ein Vertreter der Roten Hilfe wurde nicht mitgewählt. An Einzelmitgliedern sind im Bezirk 4022 vorhanden. Darunter 3451 männliche und 571 weibliche Mitglieder, im Monat Mai wurden 190 Mitglieder gewonnen. Es fanden 25 Mitgliederversammlungen, eine öffentliche Versammlung, zwei Kundgebungen, 17 Funktionärsitzungen und 16 Ortsvorstandssitzungen statt.

Die Zahlstelle des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes

Radeberg wollte der Roten Hilfe korporativ beitreten. Dieser Beitritt wurde der Zahlstelle durch den Bezirksvertreter und Hauptvorstand verboten. Unsere Mitglieder müssen darum verstärkt in den Gewerkschaften für die Rote Hilfe arbeiten.

Erzgebirge - Vogtland. Auch im Monat Mai fanden 10 Sörmus-Konzerte statt. Die

Konzerte brachten eine Reineinnahme von 600 Mark. Der Moprfilm wurde vom 28. bis 30. Mai in einem Schneeberger Lichtspielhaus vorgeführt. Der Inhaber des Kinos zahlte eine Leihgebühr von 30 Mark. Die Gesamteinnahmen gingen leider gegen den Vormonat um 82 Mark zurück. Erfreulicherweise ging der Markenumsatz vorwärts

und zwar wurden 4800 Stück mehr verkauft. Auch der Zeitungs- und Broschürenumsatz ist gegen den Vormonat recht gut gesteigert worden.

Westsachsen. Auf dem Lande wurden 218 neue Mitglieder gewonnen. Es wurde eine Max-Hölz-Kampagne mit gutem Erfolg geführt. Die Propaganda für diese Versammlungen wurde mit den einfachsten Mitteln bewerkstelligt. Unter anderem beteiligte sich auch der RFB. mit seinen Kapellen an den Propagandaumzügen. Eine Ortsgruppe hatte durch die nachfolgende Hausagitation einer Hölz-Versammlung 47 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Der Bezirk bereitet für Monat Juli eine Kinderheimsammelwoche vor. Die Abteilung Rechtsschutz des Bezirksvorstandes ersucht alle Bezirksvorstände im Reich, daß ihr stets rechtzeitig von den Verlegungen der Gefangenen nach Leipzig Mitteilung gemacht wird. Die Abteilung Gefangenenfürsorge plant die Errichtung einer Nähstube zur Umarbeitung von gesammelten Sachen.

Halle-Merseburg. In Eisleben hat der Gesangverein Volkschor durch Vermittlung der Roten Hilfe den Gefangenen ein Konzert gegeben. Es wurden im Monat Mai zwei neue Ortsgruppen gegründet. Auch ein neues Kollektivmitglied wurde gewonnen. Verschiedene Ortsgruppen führen immer noch mit gutem Erfolg Landtouren durch. So wurden in Piestritz bei einer solchen Sammlung eingebracht: 7 Würste, 17 Pfund Kakao, 4 Pfund Zucker, 1½ Pfund Keks, ½ Pfund Schokoladenpulver, 2 Pfund Pilastersteine, 10 Paar Strümpfe, 7 Paar Fülllinge, 1 Pfund Wolle, 22 Doggen Garn, 6 Handtücher, 9 Paar Strümpfe, 6 Paar Spielhöschen, 2 Paar Schuhe usw. Im Monat Mai erschien wieder die Bezirkszeitung „Golgatha“. Die Herausgabe geschieht unentgeltlich. Die Einnahmen für Beiträge betrugen 1460,70 Mark, während im Vormonat nur 1288,70 Mark eingenommen wurden.

Magdeburg. An Einzelmitgliedern zählte der Bezirk am 1. Mai 2451. Es fanden 14 Mitgliederversammlungen, 8 Funktionärsitzungen und 9 Ortsvorstandssitzungen statt. Die Geldsammlungen haben sehr durch den Roten Tag in Berlin ge-



Propagandawagen der R. H.-Hannover

litten. Im ganzen Bezirk ist bis jetzt nur ein Kollektivmitglied der Roten Hilfe vorhanden. Der Bezirksvorstand hält jeden Dienstag und Donnerstag von 5-6 Uhr nachmittags Sprechstunden für Rechtsschutz usw. ab.

Thüringen. Bei einer ganzen Reihe von Maiveranstaltungen wurde der polnischen politischen Gefangenen gedacht. Einige Ortsgruppen schickten Protestschreiben wegen der Behandlung der politischen Gefangenen an die polnische Regierung. Die Postkartenkampagne für die Jürgensopfer wurde von den meisten Ortsgruppen und Kollektivmitgliedern gut durchgeführt. Am 1. Pfingstfeiertag veranstaltete der Unterbezirk Hildburghausen einen Roten Tag. Die Veranstaltung, welche recht gut vorbereitet war, litt wesentlich durch den anhaltenden Regen. An der Zusammenkunft beteiligten sich 15 Ortsgruppen. Am Pfingstsonntag wurde der Genosse Liesker aus dem Gefängnis Hildburghausen entlassen und von der Ortsgruppe Weimar gemeinsam mit dem RFB. vom Bahnhof abgeholt. Der Bezirksvorstand richtete an alle Arbeitervertreter in den Gemeindeparlamenten ein Rundschreiben, in welchem er ersuchte, daß Anträge eingebracht werden sollen, in welchen Mittel für die Kinderheime der Roten Hilfe gefordert werden.

Mecklenburg. In den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiter und Reichsbannerkameraden steigert sich die Sympathie für die Rote Hilfe. In einigen Orten beteiligen sich schon verschiedene dieser Kameraden aktiv an der Roten-Hilfe-Arbeit. Im Mai wurden 3231 Marken verkauft. Durch Entlassungen ging die Zahl der politischen Gefangenen von 26 auf 20 herunter.

Hannover. Es wurden 195 neue Mitglieder im Bezirk gewonnen. Die meisten Neuaufnahmen sind in den ländlichen Ortsgruppen zu verzeichnen. Genosse Adam in Braunschweig vertrat einen Arbeiter im Auftrage des Bezirksvorstandes vor Gericht und erreichte, daß der betreffende Arbeiter von einer Gefängnisstrafe in Höhe von drei Monaten verschont blieb.

Wasserkante. Die Büchsensammlung am 1. Mai hatte ein Ergebnis von 775,38 Mark. Auch die Postkarten an das Reichsjustizministerium wurden bei den Maiveranstaltungen rege verkauft. Es sind Fälle zu verzeichnen, wo ein Genosse zum Beispiel allein über 500 Karten verkaufte. Rote-Hilfe-Postkarten von den Kinderheimen usw. wurden 1000 Stück an die politischen Gefangenen abgeschickt. Den einzelnen Käufern wurde gleichzeitig die Adresse eines bestimmten politischen Gefangenen ausgehändigt, damit der Käufer an diesen Gefangenen schreiben konnte. Der Bezirksvorstand organisierte am 1. Mai auch eine Paketspende für die politischen Gefangenen. Die Werbearbeit im Bezirk wurde durch vier Mopr-Filmvorführungen unterstützt. Bei allen Veranstaltungen wirkten die Gesangsvereine, Musikgruppen und Rezitatoren der betreffenden Orte mit. Es wurde eine Holz-Kampagne durchgeführt, wobei die Genossin Hölz als Referentin sprach. Bei allen Veranstaltungen wurden neue Mitglieder für die Rote Hilfe gewonnen. Es fanden 8 Mitgliederversammlungen, 25 Funktionär- und 22 Ortsvorstandssitzungen statt. 353 Neuaufnahmen konnten im Mai gemacht werden. Auch der Funktionärkörper wurde durch die rege Versammlungskampagne im Verlauf des Monats ergänzt. Im Hafenbetrieb haben wir allein 7 neue Funktionäre gewonnen.

Nordwest. Die Rote Truppe veranstaltete durch Vermittlung des Bezirksvorstandes ein Tournee von 6 Tagen im Bezirk. Trotz reger Propaganda und eines guten Programms endete das Tournee doch mit einem Defizit von annähernd 300 Mark. An das Kinderheim Worpsswede wurde ein größerer Posten Kleidungsstücke abgeschickt. Der Gefangenennobmann der Ortsgruppe Münster besucht wöchentlich einmal die politischen Gefangenen. Der Bezirk bereitet für den 25. Juli eine große Eröffnungsfeier des Kinderheims Worpsswede vor.

Ruhrgebiet. Der Bezirksgefangenenobmann besuchte die Gefangenen in Münster, Bochum und Werl. Außer diesen Besuchen steht er in regem schriftlichem Verkehr mit sämtlichen politischen Gefangenen des Bezirks. In Bölkum-Hamm wurde unseren Funktionären das Rote-Hilfe-Material abgenommen und beschlagnahmt. Insgesamt wurden die Genossen mit Geldstrafen in Höhe von 389,75 Mark bedacht. Für das Kinderheim Mopr wurde ein Kindertransport von 12 Kindern zusammengestellt. Die Zahl der Ortsgruppen ist von 80 auf 87 gestiegen, die Mitglieder von 8367 auf 10 014. Korporativmitglieder wurden 7 gewonnen. Der Markenumsatz betrug 18 658 Stück. Pro Mitglied beträgt der geleistete Beitrag 1,80 Mark. Für Maiabzeichen wurden vereinnahmt 1 260,40 Mark. Der Pressekorrespondent hat 6 Artikel geschrieben, die in den Bezirksblättern der KPD. veröffentlicht worden sind.

Niederrhein. An das Kinderheim Mopr führte der Bezirk 2 Zinkwannen, eine Teichschüssel, 2 Kasserollen, 3 Trinkbecher, 6 Schrubber, 29 Paar Hausschuhe, 3 Aufnehmer,

9 Unterhaltungsspiele, 20 Schlagbälle und 20 Meter Nessel ab. Die geführte Jürgens- und Fememordkampagne hatten guten Erfolge zu verzeichnen. Alle Versammlungen waren sehr gut besucht. Im Laufe der nächsten Monate werden eine größere Zahl Ortsgruppen Waldfeste durchführen, um dadurch die Einnahmen für die Organisation zu steigern. Insgesamt wurden 123 Veranstaltungen, Versammlungen usw. abgehalten.

Mittelrhein. Der Bezirksvorstand hält wöchentlich eine juristische Beratungsstunde ab. Die Beratungen werden durch vier Genossen der Universitätszelle erteilt. Die Rechtsbelehrung erhalten nicht nur Mitglieder der RH., sondern auch alle Indifferenten und SPD.-Arbeiter. Für das Kinderheim Mopr wurde eine Sammelkampagne durchgeführt, die ein gutes Ergebnis zeitigte. Im Mai wurden 646 neue Mitglieder gewonnen. Es waren 373 Parteilose, 6 Sozialdemokraten, 2 Bürgerliche und 265 Arbeiter der KPD. Der Funktionärkörper wurde um 40 Genossen erweitert. Die Einnahmen steigerten sich gegenüber dem Vormonat um 357,76 Mark. An den Zentralvorstand wurden 1000 Mark abgeführt. Am 30. Mai fand die erste Bezirkskonferenz statt. 44 Ortsgruppen hatten 61 Delegierte entsandt, unter denen 12 Parteilose waren. Die Konferenz faßte unter anderem den Beschluß, die Patenschaft von 10 bulgarischen Gefangenen zu übernehmen.

Hessen-Frankfurt. Der Bezirksvorstand hat eine Rechtsauskunftsstelle eingerichtet. Die Auskunft wird jeden Freitag und Sonnabend durch zwei Studenten erteilt. Die Einrichtung hat in der Arbeiterschaft große Sympathie erweckt. Es fanden 4 öffentliche, 8 Mitgliederversammlungen sowie eine Funktionär- und 4 Ortsvorstandssitzungen statt. Es wurden 6 neue Ortsgruppen gegründet. Die Einnahmen für Beitragsmarken gingen um 87 Mark zurück. Demgegenüber konnte der Literatur- und Zeitungsumsatz gesteigert werden. An den Zentralvorstand wurden 654 Mark abgeführt.

Rhein-Saar. Im Monat Mai fanden 3 öffentliche Versammlungen statt.

Baden. Der Bezirksvorstand bereitet eine Bezirkskonferenz vor.

Württemberg. Im Monat Mai wurde eine neue Ortsgruppe mit 44 Mitgliedern gegründet und 1 Kollektivmitglied mit 300 Mitgliedern gewonnen. Die im Monat April mit dem Vertrieb der Amnestiekarten eingeleitete Amnestiekampagne wurde von der Organisation im Mai systematisch und planmäßig gesteigert.

Bayern. Einem Rote-Hilfe-Funktionär in Nürnberg wurde während des Einkassierens der Beiträge das gesamte Rote-Hilfe-Material beschlagnahmt. Der Genosse wurde verhaftet und auf der Polizeiwache verhört. Der Bezirksvorstand erhob sofort bei der Polizeidirektion gegen dieses unerhörte Vorgehen energischen Protest, und nach wiederholtem Vorstelligwerden gelang es endlich, das Material frei zu bekommen. In Schwabach wird unseren Genossen durch die Ortspolizei verboten, das Plakat „Rote Hilfe tut not“ in Wirtschaftslokalen anzuschlagen. Auch hiergegen haben unsere Genossen sofort Protest eingelegt.

Durch diese Terrorakte sowie die Hetze der rechten sozialdemokratischen Führer gegen die Rote Hilfe wird das Arbeiten unserer Organisation sehr erschwert. In letzter Zeit geht die Polizei dazu über, Agent-Provokateure in unser Bezirksbüro zu entsenden. Diese Subjekte geben sich als Flüchtlinge aus und verlangen von der RH. Unterstützung. Im Monat Mai gelang es dem Bezirksvorstand, eine Frau als einen derartigen Spitzel zu entlarven. Bei der Maidemonstration führte die Betriebszelle BWL ein Plakat mit, welches die Aufschrift trug: Heraus mit Lindner und den Räte-Republikanern. Dieses Plakat wurde von der Polizei zertrümmert, beschlagnahmt und der Träger verhaftet. Die Ortsgruppe der Syndikalistinnen in München hat sich bereit erklärt, für die Straubinger Genossen die Patenschaft zu übernehmen. Ab 1. Juli erscheint für Bayern ein Mitteilungsblatt der RHD. Die Belegschaft der Druckerei Leib hat sich bereit erklärt, die Zeitung kostenlos herzustellen. Der Gefangenennobmann hat mit sämtlichen Gefangenen eine umfangreiche Korrespondenz geführt. Besuche konnten durch das Verbot des Oberreichsanwalts nicht stattfinden. Die Gefangenen wurden sämtlich mit Literatur und Zeitungen pünktlich beliefert. An die Gefangenen in Straubing wurden vier Stück Esperantobücher geschickt, welche die Zuchthausdirektion verweigert auszuliefern, da sie nicht nachkontrollieren könnte, was in den Büchern stehe. Auf Grund wiederholter Beschwerden hat sich endlich die Direktion bereit erklärt, die Bücher durch einen Esperantokundigen prüfen zu lassen und dann an die Gefangenen auszuhändigen.

Zweite Bezirkskonferenz der Roten Hilfe Berlin-Brandenburg-Lausitz.

Die zweite Bezirkskonferenz der Roten Hilfe Berlin-Brandenburg-Lausitz stand im Zeichen eines erfreulichen Aufschwunges der Organisation der Roten Hilfe in Berlin-Brandenburg und der Lausitz. Das ließ nicht nur der gegebene Organisationsbericht erkennen, sondern auch die gute Beschickung der Konferenz und das rege Interesse, das die Delegierten den Verhandlungen entgegenbrachten.

Es waren insgesamt 181 Delegierte gewählt worden, und zwar 160 Vertreter der Ortsgruppen und 21 Vertreter der korporativ angeschlossenen Organisationen. Davon waren anwesend 147 Ortsgruppendelegierte und 18 Korporativmitglieder, außerdem die gleiche Zahl von Gästen. Ihrer politischen Zugehörigkeit nach waren Mitglieder der KPD. 115, der KAPD. 1, der SPD. 3, des Reichsbanners 3, Parteilose 41. Von den Delegierten waren 110 aus Groß-Berlin und 52 aus der Provinz. Ferner waren anwesend außer den Vertretern des Bezirks- und Zentralvorstandes je ein Vertreter des Bezirks Erzgebirge-Vogtland, des Ruhrgebiets und der russischen Mopr. Auf der Tagesordnung der Konferenz stand:

1. Wahl des Präsidiums und der Kommissionen.
2. Berichte des Bezirksvorstandes.
3. Die bürgerliche Klassenjustiz und der weiße Terror. Referent: Rechtsanwalt Dr. Preuß.
4. Die RHD. als Organisation im Klassenkampf. Referent: Jacob Schlör.
5. Wahlen.
6. Anträge und Verschiedenes.

Aus dem Bericht, den der Vorsitzende der Roten Hilfe Berlin-Brandenburg und der Lausitz, der Genosse Steinfurth, gab, zeigte sich, daß der Bezirk seit der 1. Bezirkskonferenz, die am 27. September v. J. stattfand, einen großen Aufschwung genommen hat. Die Mitgliederzahl hob sich allein vom Januar bis zum Juni 1926 von 8108 Einzelmitgliedern und 26 Korporativorganisationen mit 19155 Mitgliedern im Januar auf 22563 Einzelmitglieder und 34 korporativ angeschlossene Organisationen mit 40085 Mitgliedern im Juni 1926. Auch die Zahl der Funktionäre ist ständig gewachsen und die monatlich stattfindenden Groß-Berliner Funktionärversammlungen, die von durchschnittlich 300 Funktionären besucht werden, leisteten eine gute Arbeit. Auch das Organisationsleben ist wesentlich reger geworden. In den Ortsgruppen finden regelmäßige Mitglieder- und Funktionärversammlungen statt. Zahlreiche Kampagnen wurden durchgeführt. Im Januar und Februar 1926 wurde eine lebhaft propagandistische Tätigkeit für die Kischiniewer Gefangenen entfaltet, über die die Rote Hilfe in Berlin-Brandenburg-Lausitz die Patenschaft übernommen hat. Auch während der Volksentscheidskampagne waren die Ortsgruppen der Roten Hilfe äußerst aktiv. Gegen den Terror in Polen, Bulgarien und Ungarn, für die Freilassung von Sacco und Vanzetti, anlässlich der Entlarvung des Justizverbrechers Jürgens wurden zahlreiche Versammlungen und Kundgebungen organisiert. Eine besondere Aktivität wurde anlässlich der im April begonnenen Amnestiekampagne für 14 politische Gefangene des Bezirks Berlin-Brandenburg entfaltet, die auch im Fall des Genossen Dier aus der Ortsgruppe 5 Berlin bereits zu einem positiven Erfolg geführt hat. Auch die Sammelkampagnen, insbesondere die Weihnachtshilfekampagne im November-Dezember brachten äußerst gute Erfolge. Die Werbekampagne findet ihren Ausdruck in der raschen Steigerung der Mitgliederzahl. Die gleichen Erfolge zeigen sich auch auf dem Gebiete des Rechtsschutzes und der Familien- und Gefangenenfürsorge. In der letzten Zeit wurde auch eine energische Schulung der

Funktionäre in Angriff genommen, insbesondere durch besondere Referenzzusammenkünfte.

Nach dem Bericht des Genossen Steinfurth sprach, stürmisch begrüßt, ein Vertreter der Roten Hilfe Rußlands, der der Roten Hilfe Berlin-Brandenburg und der Lausitz eine von der Moskauer Organisation der Roten Hilfe Rußlands gespendete Fahne überbrachte. Die Worte des Genossen, der von der Arbeit und dem Kampf der Roten Hilfe Rußlands berichtete, wurden mit ungeheurem Enthusiasmus aufgenommen, und vom Genossen Steinfurth mit dem Ausdruck des Dankes an die Rote-Hilfe-Arbeiter Moskaus beantwortet. Ein Gruß an die Moskauer Organisation der Roten Hilfe Rußlands wurde beschlossen.

Aus dem danach gegebenen Kassenbericht ergab sich, daß der Bezirk Berlin-Brandenburg-Lausitz in der Zeit vom September 1925 bis zum Januar 1926 124 829,79 Mark und an Ausgaben 123 250,53 Mark zu verzeichnen hatte. Auch

auf diesem Gebiete zeigte sich eine ständige Aufwärtsentwicklung und Festigung der Organisation. Insbesondere auch darin, daß die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen von 3438,20 M. im September 1925 auf 5840,40 M. im Juni gestiegen sind.

Danach wurde ein Protesttelegramm an den Gouverneur Fuller in Boston sowie die Absendung einer 3gliedrigen Kommission an die Amerikanische Gesandtschaft beschlossen, weil in der der Konferenz Nachrichten der bürgerlichen Presse bekannt wurden, daß die Hinrichtung Saccos und Vanzettis unmittelbar bevorstände. Folgendes Protesttelegramm wurde abgesandt:

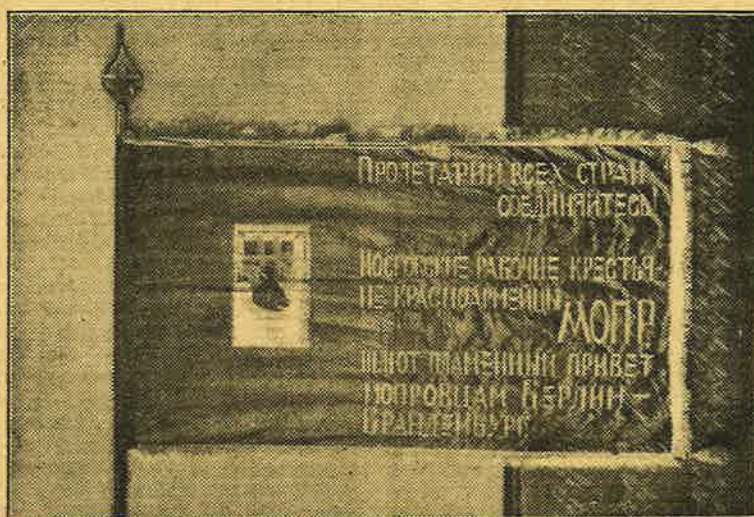
„Bezirkskonferenz Rote Hilfe Berlin-Brandenburg-Lausitz erfährt mit Empörung Nachricht bevorstehender Hinrichtung Saccos und Vanzettis. Material Beweis, daß Urteil Justizmord. Fordern sofortige Wiederaufnahme und volle Rehabilitierung. Werden öffentliche Meinung zum Protest aufrufen.“

Danach wurde die Konferenz auf Sonntag vertagt.

Zu Beginn der Sonntagsverhandlung wurde dann der Bericht von der zur amerikanischen Gesandtschaft gesandten Delegation gegeben. Diese konnte infolge der bereits um 1 Uhr erfolgten Schließung der Gesandtschaft dort nichts mehr erreichen und wandte sich darauf an die verschiedenen Redaktionen und auch an den „Vorwärts“, der auch versprach, einen Protest gegen die geplante Hinrichtung zu veröffentlichen und sich angesichts des Verbots der „Roten Fahne“ bereit erklärte, einem Protest der Bezirkskonferenz Raum zu geben, ihn aber mit der Vorbemerkung brachte, daß die Rote Hilfe eine kommunistische Organisation sei. Die Konferenz beschloß, gegen diese Unterstellung zu protestieren.

Sodann begann eine lebhaft Diskussion über den gegebenen Organisationsbericht, an der sich zahlreiche Genossen beteiligten. Genosse Ruppert aus Berlin V teilte dabei mit, daß sie in ihrem Bezirk die Rote Hilfe als Jugendpflege treibenden Verein angemeldet haben und auch als solcher anerkannt wurden, und empfiehlt allen Ortsgruppen den gleichen Schritt, weil sie dadurch von der Steuer befreit werden. Wenn man den Stahlhelm als Jugendpflege treibende Organisation anerkennt, kann man das der Roten Hilfe nicht verweigern.

Genosse Pahms aus Brandenburg regte an, daß den Ortsgruppen, in deren Bereich Strafanstalten liegen, die Namen der politischen Gefangenen monatlich mitgeteilt werden, sowie die Strafdauer und



Die von der Roten Hilfe Moskaus dem Bezirk Berlin-Brandenburg-Lausitz gespendete Fahne.

der Entlassungstag, damit die Genossen bei ihrer Entlassung von der dortigen Bevölkerung empfangen werden können.

Genosse Prieß aus Berlin I regte vor allem an, die Gemeindevertreter für die Arbeit der Roten Hilfe heranzuziehen. Von zahlreichen Diskussionsrednern wurde die Abhaltung von Referentenkursen und überhaupt ein Ausbau der Agitations- und Propagandaaarbeit verlangt, sowie eine Herabsetzung des Korporativbeitrages für kleinere Organisationen. Außerdem hielt während der Diskussion der Vertreter des Bezirks Erzgebirge-Vogtland eine Begrüßungsansprache.

Danach sprach Rechtsanwalt Dr. Preuß, ein Bürgerlicher, über „Die bürgerliche Klassenjustiz und der weiße Terror.“

Er zeigte vor allem, wie mit Hilfe des Strafgesetzbuches die verfassungsmäßige Versammlungs- und Meinungsfreiheit aufgehoben wird und zeigte dabei, obwohl er selbst ein radikaler bürgerlicher Demokrat ist, wie durch das Wirken der Justiz die Verfassung von Weimar zu einem Märchenbuch geworden ist. Er ging vor allem auf die Handhabung der Hochverratsparagrafen und auf den Fall Rau ein. Demgegenüber stellt er die Justiz gegen die Rechtsputschisten. Er zog dann eine Parallele zwischen dem Fall Sacco und Vanzetti und dem Fall Hölz, wobei er kritisierte, daß die deutschen Gewerkschaftsführer sich zwar für Sacco und Vanzetti, aber nicht für Hölz einsetzten. Ebenso ging er auf den Rákosi-Prozeß und den Terror in Bulgarien ein.

Er zog den Schluß, daß die Justiz heute nicht mehr versucht, den Täter, sondern Meinungen zu bekämpfen, was einen Rückfall in das Mittelalter bedeutet, und beendete seine Ausführungen mit den Worten: „Es gilt dem Kampf gegen die Justiz, weil es gilt dem Kampf für die Freiheit der Meinung, für die Freiheit des Volkes!“

Hierauf folgte das Referat des Genossen Schlör über: „Die Rote Hilfe Deutschlands als Massenorganisation im Klassenkampf.“ Er wies darauf hin, daß die Rote Hilfe genau so geschichtlicher Notwendigkeit entsprungen sei wie die anderen Arbeiterorganisationen. Sie entstand zuerst nach den Niederlagen des Jahres 1921, und es sei deshalb die Meinung aufgetaucht, daß sie jetzt in der Periode der Stabilität überflüssig geworden sei. Er zeigte aber die Langwierigkeit der Wirtschaftskrise auf, aus der sich notwendigerweise Kämpfe gegen die Bourgeoisie entwickeln müssen. In jeder Gesellschaft benutzt aber die Reaktion die Justiz als Waffe, um die Volksmassen zu unterdrücken. 1918 hatten wohl die Arbeiter die Macht, die bürgerliche Justiz zu vernichten, aber durch die Unabhängigkeitserklärung der Richter ist zuerst der Reaktion der Weg geebnet worden. Heute verfolgt die Justiz nicht nur Kommunisten, sondern alle, die irgendwie in der Gesellschaft freiheitlich gerichtet sind. Er wies hier auf die Verurteilung eines Arbeiters zu 2 Jahren Gefängnis wegen Gotteslästerung, auf den Zentrumsantrag im preußischen Landtag, der zukünftig jeden Polizeibeamten ermächtigen soll, Zeitungen zu beschlagnahmen, die Zeitungssverbote und das Verbot des „Potemkin“-Films usw. hin. Dabei zeigte er, daß die Arbeit der Freidenker bedeutungslos werden muß, wenn sie nicht verstehen, gleichzeitig einen scharfen Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz zu führen, die mit der geistigen Reaktion verbunden ist.

Es sei zwar gelungen, in ¾ Jahren in Berlin eine schlagfertige Organisation zu schaffen. Aber es sei ein Mangel, daß von 22 000 Mitgliedern so wenig Sozialdemokraten seien. Die Rote Hilfe sei zwar durch Kommunisten gebildet worden, es beständen auch Differenzen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, aber die Rote Hilfe gehen parteitaktische Differenzen nichts an. Er wies dann auf die Verfolgungen von Sozialdemokraten und Reichsbannerleuten hin und schilderte vor allem die Verfolgung der Gewerkschaften durch die Klassenjustiz. An Hand von Urteilen aus Dortmund, Thüringen, Zwickau und Lichtenberg zeigt er, wie man mit Hilfe der Haftbarmachung den Gewerkschaften die Möglichkeit des Kampfes nehmen will.

Daraus erwächst der RH. die Aufgabe, die Gewerkschaften und andere Arbeiterorganisationen, und vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter, zu gewinnen. Die Reformisten machen zwar hier große Schwierigkeiten. Die SPD. verbietet z. B. ihren Mitgliedern, Mitglieder der Roten Hilfe zu sein. Aber der Referent weist hier auf das Beispiel der Fürstenenteignung hin, für die sich zunächst auch nur die Kommunisten einsetzten, bei der aber dann die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Führer zwangen, mitzumachen und das Kom-

promiß abzulehnen. Wenn wir verstehen, systematisch zu arbeiten und jede Gelegenheit in den Vereinen, Organisationen und Betrieben benutzen, um auch mit den parteilosen, sozialdemokratischen Arbeitern Fühlung zu bekommen, wird es mit der Roten Hilfe auch so kommen, daß die reformistischen Führer gezwungen werden, ihren Widerstand aufzugeben.

Die RH. ist nicht nur Hilfsorganisation, sondern Kampforganisation gegen die bürgerliche Klassenjustiz. Dabei sind zwei Punkte wichtig. Die Rote Hilfe ist ein Hilfswerk für alle, und es sind zahlreiche SPD.-Mitglieder, KAP.-Leute, Syndikalisten und Parteilose unterstützt worden, was den überparteilichen Charakter zeigt. Wir haben aber den Fehler gemacht, zu warten, bis diese zu uns kamen. Wir müssen künftig beobachten, wenn irgendwo ein Klassenkämpfer, der SPD.- oder Reichsbannermitglied ist oder einer anderen Organisation angehört und vor Gericht steht, ihn dann selbst aufsuchen und unterstützen. Ebenso wichtig ist es auch, durch Literatur und Zeitungen an die anderen Arbeiter heranzukommen, und jeder Genosse hat die Aufgabe, einen SPD.-Arbeiter zu gewinnen und zu organisieren.

Mit der Aufzeigung dieser Aufgaben schloß das großangelegte Referat.

Die daran anknüpfende Diskussion über die Referate von Preuß und Schlör bewegte sich im wesentlichen in zustimmendem Sinne und unterstrich die Ausführungen der Referenten. Besonders wurde noch auf die Notwendigkeit der Gewinnung der Bauern und eine großzügige Landagitation hingewiesen.

Hierauf folgte die Wahl des Bezirksvorstandes und die Abstimmung über die vorliegenden Anträge und Resolutionen. Der Bezirksvorstand wurde noch durch 5 parteilose und SPD.-Mitglieder erweitert. Außer den Organisationsrichtlinien und den vorliegenden Organisationsanträgen wurde noch ein Aufruf an die Opfer des Klassenkampfes, an die Werktätigen aller proletarischen Organisationen in Berlin-Brandenburg und die Lausitz, ein Gruß an die Internationale Rote Hilfe und die Rote Hilfe Rußlands, an die Gefangenen von Kischiniew, an die Angeklagten im Budapest-Prozeß sowie ein Protest an die ungarische und polnische Regierung, sowie ein Aufruf an alle Roten Helfer im Bezirk beschlossen.

Zur Eröffnungsfeier des Kinderheims Barkenhoff wurde ein Begrüßungstelegramm gesandt. Ferner wurde ein Antrag zur Organisation von Rote-Hilfe-Delegationen und ein Protest gegen die Haltung des „Vorwärts“ angenommen.

Der Verlauf der Konferenz hat das Wachstum der RH.-Organisation in Berlin-Brandenburg und der Lausitz gezeigt und bewiesen, daß sich der Berlin-Brandenburger Bezirk auf dem Wege des raschen Aufschwunges befindet. Die Konferenz wird zweifellos dazu beitragen, diesen Aufschwung noch weiter zu beschleunigen.

Eine Aufschnittmaschine für Elgersburg gesucht!

Die Kinder aus dem Mopr-Heim Elgersburg schreiben uns folgenden Brief:

„Elgersburg, den 29. Juni 1926.

Werte Genossen!

Wir brauchen eine Aufschnittmaschine und wenden uns an die Ortsgruppen der Roten Hilfe. In unserem Heim sind 39 Kinder, die essen sehr viel belegtes Brot zum zweiten Frühstück, und abends gibt es auch Wurststullen. Die Stullen, die uns Genossin Emmi zurecht macht, die schmecken uns sehr gut. Genossin Emmi kann aber nicht immer mit dem Messer die Wurst in Scheiben schneiden, dazu muß sie schon eine Wurstmaschine haben. Sie hat schon so oft darüber geschimpft, weil das so langsam geht mit dem Messer. Aber eins müssen wir Euch sagen, wenn keine Wurst drauf ist, dann schmeckt uns das Brot auch nicht. Das müßt Ihr doch selber einsehen, daß Euch das Brot auch nicht schmecken tut. Wir können uns aber nicht beschweren, daß wir noch keine Wurststullen bekommen haben. Wenn wir nur Butter auf die Stullen bekommen, dann kriegen wir ein Ei zu oder Bananen. Die Eier schmecken uns aber auch sehr gut. Wir sind ja gespannt, ob Ihr so gut seid und uns eine Aufschnittmaschine schicken werdet.

Mit Rote-Hilfe-Gruß!

Die Kinder des Heims „Mopr“.

I. A.: Elisabeth Spannenberg, 12 Jahre alt.

Arbeiterfreundliche Blätter erhalten dieses Blatt auf Wunsch für ihre Leser zugestellt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 30 Pf., monatlich 10 Pf.